

Migrations- und Integrationskonzept der Stadt Rheine Fortschreibung

Entwurfssfassung zur Vorlage im Integrationsrat und im Netzwerk Migration

(bereits in der Kerngruppe des Netzwerks abgestimmte Kapitel, weitere werden nachgereicht)

• 1	Einleitung	
• 1.1	Leitbilder und Leitsätze	
	Veränderte Rahmenbedingungen	noch nicht in der Kerngruppe abgestimmt
	Rückblick/Ausblicke auf das Konzept von 2003	noch nicht in der Kerngruppe abgestimmt
• 2.?	Deutsch als Verständigungssprache	
	11-P-K + Kapitel (Evaluation)	noch nicht in der Kerngruppe abgestimmt
	Gute Praxisbeispiele aus Rheine	sollen von Netzwerkmitgliedern geliefert werden
• 4.1	Erziehung, Schule und Bildung	
	Aussiedlerbeheimatung	noch nicht in der Kerngruppe abgestimmt
• 4.3	Interreligiöser Dialog	
• 4.4	Interkulturelle Öffnung	
5	Besondere Gruppen im Interesse der Integrationsarbeit	
• 5.1	• Frauen und Mädchen	
• 5.2	• Jugend	
• 5.3	• Migranten in der Arbeitswelt	
• 5.4	• Migranten als Opfer und Täter von Kriminalität	
	Priorisierung: 10-Punkte Katalog	festzulegen durch Integrationsrat, SozialA, NW
Anhänge (Statistiken)	Fortschreibung Migrations- und Integrationskonzept 2003; + nach Empfehlung KGSt	

"Für Menschen ist die Begegnung mit den Fremden ein Geschenk."

HIDEKAZU YOSHIDA,

Direktor des Kunstmuseums Mito/Tokio

1 Einleitung (noch nicht ausformuliert und noch nicht vollständig)

Als die Stadt Rheine 2003 ihr erstes Migrations- und Integrationskonzept verabschiedete, war die Stadt eine der ersten in der gesamten Bundesrepublik, die ihren Willen zur Integration von Zuwandern in ein verbindliches Konzept fasste.

Viele dort getroffene Aussagen und Postulate haben sich als richtig und tragfähig erwiesen:

Prozesshaftigkeit
keine Assimilation
zweiseitige Anstrengung
Integrationskreis
Konzepte sind unverzichtbar

Jedes der Jahre nach der Verabschiedung des Migrationskonzepts 2003 war gekennzeichnet durch eine große multikulturelle Veranstaltung auf Stadtebene:

2003: Eröffnung der Sprachenoffensive – die Nationalitäten Rheines präsentierten ihre Sprachen in Wort und Schrift, ihre Literatur und ihre Küchen.

2004: Große Spendengala zu Gunsten der Tsunami-Opfer in der Stadthalle. Mehr als 20 Nationalitäten und Gruppen beteiligen sich. Die Stadthalle war ausverkauft.

2005: Die Stadt nimmt am Wettbewerb des Bundesinnenministeriums und der Bertelsmannstiftung „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“ teil. Stadtverwaltung, Beratungsdienste und Selbstorganisationen stellten sich einem bundesweiten Vergleich und schafften es in die Runde der 15 besten Städte.

2006: Als eine von fünf nordrhein-westfälischen Städten richtete Rheine den Familientag-NRW aus, der unter dem Motto stand: „Verschiedene Herkunft – gemeinsame Zukunft“

Das alte Konzept ist nicht überholt und auch bei weitem noch nicht „abgearbeitet“.

Warum jetzt eine Fortschreibung?

- Man muss „am Ball bleiben“.
- Es gibt neue Umstände in der BRD-Gesetzgebung.
- Es gibt neue Zahlen und Entwicklungen in Rheine.
- Neue Strukturen (z. B. Netzwerk und Forum Migration, Integrationsrat) haben sich entwickelt.
- Das Konzept von 2003 muss evaluiert werden.
- Die Erfahrungen der letzten 4 Jahre müssen in der Arbeit Berücksichtigung finden.

Die Fortschreibung des Migrationskonzepts greift in Abstimmung mit dem Integrationsrat, dem Sozialausschuss und dem Netzwerk Migration 4 besonders aktuelle Themen auf:

1. Die Rolle von Erziehung und Bildung bei der Integration
2. Die Beheimatung von Spätaussiedlern und anderen Zuwanderern
3. Der interreligiöse Dialog
4. Interkulturelle Öffnung von Institutionen

Diese Themen stehen auch exemplarisch für eine Systematik einer Einteilung der Integrationsleistungen in die Bereiche *Soziale Integration* (Förderung sozialer Entfaltungsmöglichkeiten), *Identifikatorische Integration* (Vermittlung eines subjektiven Zugehörigkeitsgefühls), *Kulturelle Integration* (Förderung kultureller Vielfalt) und *Strukturelle*

Integration (gleichberechtigter Zugang zu den Kerninstitutionen der aufnehmenden Gesellschaft)¹.

Ergänzt werden diese 4 „großen“ Themen um 4 weitere wichtiger Gruppen:

1. Jugend,
2. Frauen und Mädchen,
3. Migranten in der Arbeitswelt,
4. Migranten als Opfer und Täter bei Kriminalität.

Die Inhalte der einzelnen Kapitel gehen zurück auf die Arbeit eines eingerichteten Arbeitsgruppen und Vorträge im Rahmen von Informationsveranstaltungen des Netzwerks Migration und seiner Kerngruppe. Die Arbeitsgruppen werden in den einzelnen Kapiteln vorgestellt. Weitere Themen wurden durch die Fachberatungsinstitutionen erstellt

1.1 Leitbilder und Leitsätze der Stadt Rheine

In einer Sitzung beauftragte das Netzwerk seine „Kerngruppe“, Leitsätze und Leitbilder für das Zusammenleben von Einheimischen und Migranten für die Stadt zu entwickeln. Die Kerngruppe besteht aus den Netzwerkmitgliedern: Migrationsbeauftragter, Vorsitzender des Integrationsrates, Projekt Migration, Caritas-Migrationsdienste und VHS (Fachbereich Sprache). Die Leitbilder und Leitsätze wurden anlässlich des „Zukunftsforums 2020“ vom Migrationsbeauftragten vorgestellt und sollen auch hier vorangestellt werden, weil sie die gesamte Integrationsarbeit prägen.

„Du in unserer Mitte“

Der Zuwanderer wird angesprochen. Der wird nicht ausgegrenzt, nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt, sondern in die Mitte genommen. Das bedeutet auch, dass wir für ihn Platz machen, ihm für seine Entwicklung Raum zur Verfügung stellen.

„Rheine, weltoffen, multikulturell“

Es gibt keine Abschottung, kein Kirchturmsdenken. Die Stadt begreift sich als Teil der Welt und trägt die Welt in sich. Sie fördert die Völkerverständigung und die Idee der Europäischen Union durch Städtepartnerschaft, Kooperationen sowie Austauschprojekte und internationale Begegnung von Menschen Kulturen und Ideen.

„Rheine hat keinen Platz für Intoleranz und Gewalt“

Die Bürgerinnen und Bürger bieten offen und selbstbewusst nationalistischen und extremistischen Tendenzen und den Feinden der Demokratie die Stirn. (vgl. „Ortsschilderaktion“ 1997) Soziale, berufliche, schulische, bürokratische und kulturelle Benachteiligungen und Diskriminierungen werden von der Stadt offen bekämpft.

Die kommunale Integration bedarf öffentlicher Symbole

In Rheine findet man z. B. bereits die von Zuwanderern gestalteten „Spruchplatten“ auf der Dionysiusbrücke, den jährlich verliehenen Integrationspreis, die Benennung von Plätzen nach den Partnerstädten. Erinnert sei hier aber auch an den Antrag des Integrationsrates, ein Bauwerk oder einen Ort in Rheine nach dem verstorbenen Bernhard Bietmann, einem Initiator und Förderer der Integrationsarbeit, zu benennen.

¹ vgl. Kommunales Integrationskonzept Oberhausen, 2006, S. 11

Partnerschaft und Mündigkeit

Durch Hilfe zur Selbsthilfe werden alle Bürgerinnen und Bürger befähigt, sich in ihrer unterschiedlichen Verfasstheit vertrauensvoll und respektvoll zu begegnen. Die Zusammenarbeit der Gruppen zeichnet sich aus durch Verlässlichkeit. Die Stadt erwartet von Zuwanderern wie Einheimischen, dass sie sich mit aller ihnen zur Verfügung stehenden Kraft für das Gemeinwohl einsetzen. Die Stadt steht für eine Gleichberechtigung aller EinwohnerInnen.

Vielfalt ist eine Bereicherung

Rheine pflegt die Kultur des aufgeklärten und positiven Umgangs mit Vielfalt, Fremdheit, Individualität und Differenz. Mehrsprachigkeit, transkulturelle und transnationale Wissensressourcen und auch besondere Fertigkeiten, Sprachen, Ideen, Religionen, Kreativität, Leistungsbereitschaft und Lebenslust aber auch die Netzwerke, Beziehungen und Kontakte zu den unterschiedlichen Ländern und Kulturen werden als Potential und Qualität der Stadt gewertet.

Integration ist ein offener Prozess

Integration wird als dauerhafter, wechselseitiger Prozess gesehen, der von Zugewanderten und Einheimischen eine zweiseitige Anstrengung voraussetzt. Integration beginnt im Kopf, festgefahrene Vorurteile werden systematisch abgebaut, Barrieren überwunden. Andersartigkeit wird auf der Grundlage des Grundgesetzes der Bundesrepublik und der europäischen Verfassung respektiert. Integration ist nicht Assimilation! Die Stadt bejaht und respektiert die Lebensräume der Zugewanderten und subkulturelle Lebensräume und verhindert zugleich eine Abschottung und Isolation der Kulturen².

Abbau struktureller Benachteiligungen für Zuwanderer

Benachteiligungen und Barrieren, die zu einer sozialen Ungleichheit und Diskriminierung führen können, werden bewusst in den Blick genommen und abgebaut. Der Zugang zu den Ressourcen und der Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen wird sichergestellt. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstädtische Querschnittsaufgabe. Die Integrationspolitik der Zukunft setzt nicht auf Verwaltung von Defiziten, sondern auf Prävention und Partizipation. Verwaltung und Institutionen öffnen sich interkulturell. Sie führen hierzu Qualitätsstandards ein und sensibilisieren sich im Sinne interkultureller Kompetenz. Die Stadt geht mit gutem Vorbild voran, indem sie die Zahl ihrer Beschäftigten mit Migrationshintergrund signifikant erhöht.

Integration ist Stadtpolitik

Politik und Verwaltung erkennen an, dass Migration und Integration vornehmlich Aufgaben der Stadtpolitik sind. In Rheine wird der Integrationsprozess aktiv gestaltet und das Zusammenleben der Kulturen und Nationen planvoll zum Wohne aller Bürgerinnen und Bürger gesteuert. Die Stadt verpflichtet sich, das Migrations- und Integrationskonzept kontinuierlich zu überprüfen und fortzuschreiben. An der Weiterentwicklung des Konzepts werden Vertreter der Migranten (Integrationsrat, Forum Migration) und der einschlägigen Institutionen (Sozialausschuss, Netzwerk Migration) beteiligt.

Binnenintegration wird gefördert

Die ethnischen Selbstorganisationen werden von der Stadt gleichberechtigt gefördert und ins kommunale Leben einbezogen. Die bestehenden Vernetzungsstrukturen werden unterstützt und ausgebaut. Die sozialpolitische Partizipation der Migranten und der Migrationsbeauftragte

² vgl. auch Vortrag von Prof. Dr. Ursula Boos-Nünning in der Stadthalle Rheine zum Thema „Demographische Entwicklung“, Niederschrift S. 17

erhalten einen hohen Stellenwert. Sie erhalten Gelegenheit zu politischer Willens- und Fortbildung.

Beratung und Begleitung

Die Stadt unterhält ein differenziertes Beratungs- und Hilfsangebot für Zuwanderer. Auch in einer Situation knapper Kassen werden die vorhandenen Einrichtungen und Dienste in ihrem Bestand gesichert.

Interkulturelle Begegnung

Die Integrationspolitik in der Stadt Rheine beruht auf Anerkennung und Respekt vor den Minderheiten, nicht auf Anpassungs- und Assimilationsdruck und Sanktionen. Weitere Schritte zum gegenseitigen Vertrauen werden unternommen. Die notwendigen Rahmenbedingungen und Strukturen für den interkulturellen Dialog und für Begegnung werden von der Stadt sichergestellt.

Rheine bietet Schutz und Heimat

Die Stadt Rheine und ihre Bürgerinnen und Bürger engagieren sich sozial und humanitär um politisch Verfolgten und Flüchtlingen Schutz und Zuflucht zu gewähren.

2.? Sprache

Das bedeutendste Handlungsfeld in der Weiterbildung ist die Sprachförderung.

Sprache, als Grundstein für gegenseitiges Verstehen, ist eine Basisqualifikation für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ermöglicht den Zugang zur Bildung und zum Arbeitsmarkt.

Das Angebot von Sprachkursen und die Nachfrage von MigrantInnen an differenzierten Kursangeboten ist in der Stadt Rheine seit 2003 kontinuierlich angestiegen (siehe Statistik 1).

Neben freien Trägern ist die Volkshochschule (VHS) der Stadt Rheine Hauptanbieter von Deutschsprachkursen mit einem differenzierten Kursangebot von der Alphabetisierung bis zur Arbeitsmarkt- und Hochschulvorbereitung.

Ein Schwerpunkt in der Intensivsprachförderung liegt bei den *Integrationskursen*.

Das Zuwanderungsgesetz regelt seit seinem In-Kraft-Treten am 01. Januar 2005 die Sprachförderung für erwachsene Zugewanderte in Form eines Grundangebots, den Integrationskursen für AusländerInnen und SpätaussiedlerInnen. Deren Durchführung liegt in der Verantwortung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die Volkshochschule der Stadt Rheine ist ein vom BAMF zugelassener Träger für Integrations-Sprachkurse und bietet diese seit 2005 kontinuierlich an.

Das Ziel der Kurse ist die Förderung der sozialen und beruflichen Integration von MigrantInnen im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit.

Der Integrationskurs umfasst insgesamt 630 Unterrichtsstunden und besteht aus den Komponenten Sprachkurs und Orientierungskurs.

Der Sprachkurs ist gegliedert in 300 Ustd. Basiskurs und 300 Ustd. Aufbaukurs.

Der Orientierungskurs umfasst 30 Ustd. und vermittelt Grundwissen zu den Themenbereichen Rechtsordnung, Geschichte und Kultur. Besondere Gewichtung liegt dabei auf Kenntnisvermittlung zu den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, den Werten des demokratischen Staatswesens der Bundesrepublik Deutschland, der Gleichberechtigung, der Toleranz und der Religionsfreiheit. Der Orientierungskurs schließt mit einem Test ab.



Der Integrationskurs dient dem Erwerb ausreichender deutscher Sprachkenntnisse im Sinne der Integrationsziele und führt über Basis- und Aufbau Sprachkurs zum Sprachniveau B1, das auf der Skala des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens (GER) als erste Stufe der selbstständigen Sprachverwendung beschrieben ist und durch die bestandene Prüfung *Zertifikat Deutsch* belegt wird.

Einen Anspruch auf einmalige Teilnahme an einem Integrationskurs haben AusländerInnen, die sich dauerhaft in Deutschland aufhalten, wenn sie erstmalig eine Aufenthaltserlaubnis zu Erwerbszwecken (§§ 18,21 AufenthG), des Familiennachzuges (§§ 28,29,30,32,36 AufenthG) aus humanitären Gründen (§ 25 Abs.1 oder 2 AufenthG) oder eine Niederlassungserlaubnis (§ 23 Abs. 2 AufenthG) erhalten sowie SpätaussiedlerInnen, deren EhepartnerInnen und Nachkommen.

AusländerInnen, die einen Anspruch haben und sich nicht mündlich in deutscher Sprache verständigen können, sind zur Teilnahme am Integrationskurs verpflichtet.

Im Rahmen verfügbarer Kursplätze können auch AusländerInnen ohne Anspruch sowie UnionsbürgerInnen und deren Familienangehörige, vom Bundesamt zugelassen werden.

Auch ohne vorherige Teilnahme am Integrationskurs kann die Prüfung *Zertifikat Deutsch* zum regulären Nachweis aufenthaltsrechtlicher Voraussetzungen, wie Einbürgerung oder Niederlassungserlaubnis, bei der VHS abgelegt werden.

Neben der gesetzlich festgelegten Sprachqualifizierung in Form der Integrationskurse werden Angebote zur Sprachförderung, die zum einen die große Heterogenität der Lernvoraussetzungen und der sprachlichen Vorkenntnisse auffangen sollen und zum anderen weiterführende Angebote für diejenigen, die über dem Sprachniveau B1 liegen, angeboten.

Um einen Integrationskurs erfolgreich abschließen zu können, müssen die individuellen Lernvoraussetzungen berücksichtigt werden.

Für TeilnehmerInnen, die noch nicht oder nicht ausreichend alphabetisiert sind, gibt es im Rahmen der 2003 ins Leben gerufenen Sprachoffensive mehrere Kurse zur Alphabetisierung. Da aber nicht nur der Schriftspracherwerb, sondern auch das bisher erreichte Bildungsniveau und individuelle Bildungserfahrungen eine große Rolle beim Erlernen der deutschen Sprache spielen, bietet die VHS seit 2007 einen Vorkurs zu den Integrationskursen an.

Der Vorkurs soll TeilnehmerInnen mit geringer Schreib- und Lesefertigkeit den Übergang von der Alphabetisierung zur Grundstufe der Integrationskurse erleichtern. TeilnehmerInnen, die keine oder wenig Erfahrungen mit schulischem Unterricht haben, haben in dem Kurs die Möglichkeit Lernstrategien kennenzulernen und zu entwickeln, um erfolgreich an einem Integrationskurs teilnehmen zu können. Erste Erfahrungen haben gezeigt, dass der Vorkurs nicht nur einen positiven Einfluss auf den weiteren Spracherwerb hat, sondern für Neuzugewanderte auch als Kommunikationsplattform im sozialen Bereich dient.

Im Bereich der Weiterqualifizierung, nach Erreichen des B1 Sprachniveaus, gibt es differenzierte Sprachkursangebote, die den Zugang zu einer Hoch- oder Fachhochschule ermöglichen oder durch zertifizierte Sprachprüfungen im Sinne des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens die Arbeitsmarktintegration ermöglichen.

Seit März 2007 haben TeilnehmerInnen, die einen Integrationskurs erfolgreich abgeschlossen haben, erstmalig in Rheine die Möglichkeit, den Sprachkurs *Deutsch Plus B2* zu absolvieren. Der VHS-Kurs schließt mit der Prüfung *Zertifikat Deutsch Plus* (B2 Niveau) ab. Im Sinne der Verbesserung der Eingliederungschancen auf dem Arbeitsmarkt ist für TeilnehmerInnen nach SGB II eine Individualförderung möglich.

Statistik 1

Kurzübersicht über das Sprachkursangebot Deutsch als Fremdsprache der VHS und die TeilnehmerInnenanzahl:

Jahr	2003	2004	2005	2006	gesamt
Anzahl unterschiedlicher Sprachkursangebote für MigrantInnen	27	36	55	56	174
Anzahl der TeilnehmerInnen	391	340	760	911	2402

Evaluation Sprachoffensive

Der 11-Punkte-Katalog der Maßnahmen mit besonderer Dringlichkeit sah im Migrations- und Integrationskonzept von 2003 das Projekt einer Sprachoffensive vor.

Seit 2003 ist die VHS Rheine lt. Ratsbeschluss federführend mit der Sprachoffensive betraut und bietet in diesem Zusammenhang zusätzliche Sprachangebote an.

Ziel ist es auch denjenigen eine Sprachförderung zu ermöglichen, die keinen Anspruch oder keinen Zugang zu den Integrationskursen haben. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die stadtteilnahe Sprachförderung von Frauen.

Im Vergleich zu männlichen Migranten haben es Frauen aus Zuwanderungsfamilien vielfach schwerer in Deutschland eine zufriedenstellende Integration zu erfahren. Ihre kulturellen Wurzeln ermöglichen es ihnen nicht Raum im öffentlichen Leben einzunehmen. Fehlende Schul- und Berufsausbildung, geringe bis keine Deutschkenntnisse und Unkenntnis über die deutsche Alltagskultur bedeuten häufig Isolation. Mangelnde Integration von Müttern überträgt sich nicht selten auf die heranwachsenden Töchter. Dies führt zu einer erheblichen Reduzierung der sozialen und erwerbsausgerichteten Potenziale. Oft können die Mütter ihnen nur ihre eigene Tradition, in der Frauenerwerbstätigkeit meist kein Thema ist, vermitteln, da ihnen außerhäusliche Erfahrungen und Erwerbswelterfahrungen fehlen.

Diesen Kreislauf zu durchbrechen ist auch ein Ansatz der Sprachoffensive die den Frauen, durch wohnortnahe Kursangebote, die Möglichkeit gibt Deutsch zu lernen und soziale Kontakte zu knüpfen.

Im Rahmen der Sprachoffensive werden z.Z. insgesamt 7 Sprachkurse angeboten, für die von den TeilnehmerInnen keine direkte Kursgebühr erhoben wird.

In Zusammenarbeit mit dem Caritasverband Rheine werden im Centro S. Antonio 2 x wöchentlich 2 Alphabetisierungskurse und ein Anfänger- und ein Fortgeschrittenenkurs durchgeführt. Ein weiterer Alphabetisierungskurs findet jeweils im Haus der Volkshochschule und in Zusammenarbeit mit der Projektgruppe Migration und der Kirchengemeinde St. Michael im dortigen Gemeindehaus statt. Dort wird auch 2 x wöchentlich der Kurs Deutsch für Kindergarteneltern angeboten.

Die Kurse der Sprachoffensive bieten häufig einen Einstieg in nachfolgende selbstinitiierte Weiterbildungsmaßnahmen der TeilnehmerInnen.

Maßnahmen zur Ausweitung der Sprachförderung

Ein beständiges und nachhaltiges Engagement ist erforderlich, denn das Lernen einer Sprache, gerade bei Erwachsenen, ist ein lebenslanger Prozess.

Insgesamt besteht in der Stadt Rheine ein kontinuierlich auf die individuellen Bedürfnisse der MigrantInnen angepasstes Sprachkursangebot von der Alphabetisierung bis zu hochqualifizierten Zertifikatsabschlüssen.

Dennoch gibt es Handlungsfelder, die für eine umfassende integrative Sprachförderung und Weiterbildung ausgeweitet werden sollten.

Der Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurse unterliegt bestimmten Einschränkungen. So sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die eine schulische Ausbildung aufnehmen oder ihre bisherige Schullaufbahn in Deutschland fortsetzen, von einer Teilnahme ausgeschlossen.

Es besteht dringender Handlungsbedarf in der Umsetzung spezieller Jugendsprachkurse, um Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine schulische Integration zu ermöglichen.

Die VHS Rheine plant zum 2. Halbjahr 2007 Trainingskurse Deutsch für jugendliche MigrantInnen, die einem Integrationskurs gleichwertigen Zertifikatsabschluss ermöglichen.

Erlernte Sprache muss „gelebt“ werden.

Vielfach haben MigrantInnen nach Beendigung eines Sprachkurses kaum noch die Gelegenheit ihre Deutschkenntnisse anzuwenden.

Die Einrichtung regelmäßig stattfindender Gesprächskreise, in denen MigrantInnen ihre Deutschkenntnisse, anhand aktueller Diskussionsthemen, trainieren und erweitern, wird organisiert.

Da die Kurse der Sprachoffensive, besonders bei Frauen, stark nachgefragt sind, wäre eine Ausweitung auf andere Stadtteile von Rheine sinnvoll und notwendig.

Erwachsenenbildung beschränkt sich nicht auf die Sprachförderung. Die breitgefächerten Angebote der Bildungsinstitute werden von MigrantInnen bislang kaum wahrgenommen. Die Teilnahme an Kursangeboten aus den Bereichen Kreativität, Psychologie, Essen und Trinken, Sport und Fitness, Arbeitswelt u.a. tragen sowohl zur Festigung der Sprachfertigkeiten durch alltägliche Gesprächssituationen, als auch zu sozialen Kontakten bei.

Ziel ist es mögliche Hemmschwellen bei den TeilnehmerInnen abzubauen. Dazu sollen Informationsveranstaltungen sowie individuelle Beratung und Motivierung beitragen.

4.1 Erziehung und Bildung als bestimmende Faktoren von Integration

Resultate der PISA-Studie haben gezeigt, dass SchülerInnen aus zugewanderten Familien im Vergleich zu anderen europäischen Ländern deutlich geringere Erfolgschancen im deutschen Bildungssystem haben und die Zahlen der aktuellen Schulstatistiken der Stadt Rheine bestätigen diese Untersuchungsergebnisse.

Vor diesem Hintergrund hat eine Arbeitsgruppe des Netzwerks Migration, bestehend aus Kindergartenleiterinnen, SchullektorInnen, und Vertretern des Jugendamts, des Schulamts, der Migrationsdienste des Caritasverbandes und der Projektgruppe Migration der Stadt Rheine, im vergangenen Jahr interdisziplinär Erfahrungen ausgetauscht und Handlungskonzepte entwickelt, die hier entgegenwirken können. Die vertretenen Kindergärten und Schulen zeichneten sich durch einen sehr hohen Anteil an Kindern mit Zuwanderungshintergrund aus. Ausgangspunkt der Diskussion war das Integrations- und Migrationskonzept der Stadt Rheine von 2003.

4.3.1 Rahmenbedingungen

Laut Schulstatistik 2006/7 liegt bei 4 Rheiner Grundschulen die Zahl der ausländischen Kinder und der Kinder mit Aussiedlerhintergrund über 25 Prozent. Die Hauptschulen haben durchschnittlich 28 Prozent, die Förderschulen 36 Prozent Zuwandererkinder. 4 der 33 Kindertagesstätten haben deutlich über 50 Prozent Kinder mit Zuwanderungshintergrund. Die Zahlen sind steigend. Demgegenüber sind

Zuwandererkinder in weiter führenden Schulen immer noch unterrepräsentiert, aber auch hier steigt ihr Anteil allmählich.

Laut einer Befragung der Rheiner Grundschulen beschränkt sich die Zahl der Kinder ohne vorherigen Kindergartenbesuch auf unter 2 %. Das entspricht einer Größenordnung von ca. 15 Kindern pro Schuljahr³. Gerade für Kinder mit Zuwanderungshintergrund ist der Besuch eines Kindergartens sehr wichtig, um die deutsche Sprache und ein im deutschen Schulsystem benötigtes Sozialverhalten zu erlernen.

Seit der Verabschiedung des ersten Rheiner Integrationskonzepts 2003 durch Rat der Stadt haben sich eine Reihe von Rahmenbedingungen im Bildungsbereich geändert. Einige dieser Änderungen haben direkt oder indirekt Auswirkungen auf die vorschulische und schulische Förderung von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte. Deshalb ist es wichtig diese Rahmenbedingungen kurz zu nennen:

- Die **gesetzliche Schulpflicht** gilt in Nordrhein-Westfalen mittlerweile auch für Kinder ohne gefestigten Aufenthalt (Asylbewerber bzw. Duldungsstatus). In Rheine ist der Schulbesuch auch der Kinder aus den Flüchtlingsfamilien gegeben.
- Beginnend mit dem Schuljahr 2007/08 wird das **Einschulungsalter** schrittweise um ein halbes Jahr vorgezogen. Die Zeit, im Kindergarten Deutsch zu lernen, verkürzt sich dadurch für Zuwandererkinder.
- Bereits vor der Einschulung erhalten Zuwandererkinder eine **Deutsch-Sprachförderung** in Kindergärten und/oder Grundschulen.
- Seit 2007 werden in NRW erstmals alle vierjährigen Kinder auf ihre altersgemäße Entwicklung in der deutschen Sprache getestet (**Sprachstandsfeststellungen**).
- **Familienzentren** (zunächst ein Pilotprojekt in Rheine) stehen den Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe unterstützend zur Seite.
- Der **Wechsel von Grundschülern zu weiterführenden Schulen** hängt stärker von der Empfehlung der Lehrkräfte ab. Den GrundschullehrerInnen fällt hier eine besondere Aufgabe der Beurteilung und Motivation von Zuwandererkindern zu.
- Durch die **Öffnung der Grundschulbezirke** haben die Eltern ein Wahlrecht bei der Anmeldung ihrer Kinder an einer Grundschule. Es besteht die Gefahr, dass Grundschulen mit einem hohen Anteil von Kindern aus einem sozial schwierigen Milieu oder mit Zuwanderungsgeschichte von besser gestellten, leistungsorientierten Eltern gemieden werden.
- Eine große Zahl von „**offenen**“ oder „**gebundenen**“ **Ganztagskindergärten und -schulen** wurde eingeführt.

³ a.a.O.

- Das Zuwanderungsgesetz führte **verbindliche Integrationskurse** für alle Neuzuwanderer ein. Die Kurse stehen u. U. auch „Bestandsausländern“ offen.

4.3.2 Ganztagsbetreuung in Kindergärten und Schulen

Viele Bildungseinrichtungen im Stadtgebiet bieten eine offene Ganztagsbetreuung an. Freie Träger der Jugendhilfe, Sportvereine etc. haben die Betreuung der Kinder – z. B. Mittagessen, Hausaufgabenhilfe, Sport- und Kreativgebote usw. – übernommen. Für Kinder, in deren Familien nicht Deutsch gesprochen wird, ist die Ganztagsbetreuung auch für ihre Sprachentwicklung wichtig.

Die Betreuung von Kindern im offenen Ganztage ist für die Eltern mit Kosten verbunden, z.B. müssen sie Essensgeld bezahlen. Für viele Familien im Sozialhilfe- bzw. Asylbewerberleistungsbezug mit oft mehreren Kindern im Schulalter bedeutet dies eine große finanzielle Belastung. Gerade Kinder aus bildungsfernen Familien, denen die Ganztagsbetreuung zugute kommen würde, sind hier die Leidtragenden. Die Schulen berichten von Familien, die ihre Kinder auf Grund des Essensgeldes nicht in der Ganztagsbetreuung anmelden.

Die Betreuung von Kindern im offenen Ganztage ist für die Eltern mit Kosten verbunden, z.B. müssen sie Essensgeld bezahlen. Für viele Familien im Sozialhilfe- bzw. Asylbewerberleistungsbezug mit oft mehreren Kindern im Schulalter bedeutet dies eine große finanzielle Belastung. Gerade Kinder aus bildungsfernen Familien, denen die Ganztagsbetreuung zugute kommen würde, sind hier die Leidtragenden. Die Schulen berichten von Familien, die ihre Kinder auf Grund des Essensgeldes nicht in der Ganztagsbetreuung anmelden.

In vielen Reiner Schulen können die Kinder deshalb auch ihr eigenes Mittagessen mitbringen. Für Kinder aus einkommensschwachen Familien und Zuwandererkinder ist das aber ein weiterer Grund, sich einmal mehr als Außenseiter zu fühlen.

In der Elisabeth-Hauptschule wird seit dem Schuljahr 2006/2007 schrittweise der „gebundene Ganztage“ eingeführt, d.h. das vorgeschriebene Schulpensum wird auch auf die Nachmittagsstunden verlegt. Die Teilnahme am Nachmittagsunterricht ist somit für alle Lernenden und Lehrenden Pflicht.

4.3.3 Sprache

Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, um Erfolg im deutschen Schulsystem zu haben ⁴. Der folgende Abschnitt beschäftigt sich aus diesem Grunde mit Sprachfördermaßnahmen der Bildungseinrichtungen im Stadtgebiet.

4.3.3.1 Sprachfördermaßnahmen in Tageseinrichtungen für Kinder

Seit drei Jahren können Tageseinrichtungen für Kinder über das Jugendamt der Stadt Rheine beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe Sprachfördermaßnahmen beantragen. Für jeweils 10 Kinder mit Sprachförderbedarf kann in den Tagesstätten

⁴ vgl. Migrations- und Integrationskonzept 2003, S. 27

eine Sprachfördermaßnahme im Umfang von je fünf Wochenstunden eingerichtet werden. An den Fördermaßnahmen können nicht nur zugewanderte Kinder, sondern auch einheimische mit Sprachdefiziten teilnehmen. Alle gestellten Anträge wurden 2006 bewilligt. Sie verteilen sich wie folgt:

Name der Tageseinrichtung	Anzahl der Maßnahmen	Anzahl der Kinder gesamt
Antonius-Kindergarten	4	48
Bonifatius-Kindergarten	3	33
Ludgerus-KG, Friedrich-Ebert-Ring	1	11
Marien-Kindergarten, Osnabrücker Str.	2	18
Haus der Kinder St. Martin	1	12
Eltern-Kind-Initiative Sandmanns Hof	1	6
Herz-Jesu-Kindergarten, Esperlohstraße	2	15
Michael-Kindergarten	2	20
Gesamt	16	163

Der Landeszuschuss für die Finanzierung einer Sprachfördermaßnahme liegt bei 2.045 Euro. Die Gesamtkosten einer Sprachfördermaßnahme betragen allerdings 3.400 Euro. Die Differenz zwischen der Landesförderung und den Gesamtkosten fängt die Stadtverwaltung budgetneutral im Rahmen des „Rheiner Modells“ auf.

Die Sprachfördermaßnahmen in den Kindergärten laufen über 10 Monate jeweils von September bis Juni des folgenden Jahres. Ihre Anzahl ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen:

Kindergartenjahr 2003/4: 5 Maßnahmen für 10 Monate + 1 Maßnahme für 6 Monate
 Kindergartenjahr 2004/5: 3 Maßnahmen für 10 Monate
 Kindergartenjahr 2005/6: 7 Maßnahmen für 10 Monate
 Kindergartenjahr 2006/7: 16 Maßnahme für 10 Monate + 2 Maßnahmen für 6 Mon.
 Kindergartenjahr 2007/8: 26 Maßnahmen (beantragt).

4.3.3.2 Sprachfördermaßnahmen für Kinder im Vorschulalter in Grundschulen

Parallel zu den Sprachförderkursen in den Kindergärten fanden auch halbjährige Sprachförderkurse in den Grundschulen statt. Auch die Anzahl dieser Kurse ist seit ihrer Einrichtung 2005 gewachsen. Diese Sprachförderkurse werden vom Schulamt der Stadt Rheine eingerichtet.

Sprachtests bei der Anmeldung der SchulanfängerInnen in den zuständigen Grundschulen entscheiden, welche Kinder am Sprachförderkurs teilnehmen müssen. Finanziert werden die Kurse über Fördermittel des Landes und durch die Stadt Rheine.

Die Sprachfördermaßnahmen werden von Honorarkräften durchgeführt. Es sollen je Kurs 120 Unterrichtsstunden, die mehrmals wöchentlich am frühen Nachmittag stattfinden, gegeben werden. Die Richtlinien für die Landeszuschüsse sehen Kurse vor, deren Teilnehmerzahl 10 Kinder nicht unterschreiten soll. Nicht jede Grundschule bietet daher einen Kurs an. Für die Kinder und ihre Eltern kommt es so oft zu langen Wegen.

Die Sprachfördermaßnahmen sind für die zur Einschulung anstehenden Kinder verpflichtend, allerdings gibt es bei Nichtteilnahme keine Sanktionsmöglichkeiten. Im Mittel nahmen aber 82 % der zu den Sprachförderkursen verpflichteten/eingeladenen Kinder regelmäßig teil. Da der Kursbesuch der Kinder oft nur mit sehr großem organisatorischem, finanziellem und zeitlichem Aufwand seitens der Familien möglich ist, lässt die relativ hohe Beteiligung erkennen, für wie wichtig diese Maßnahme auch seitens der Eltern eingestuft wird.

Aufgrund der Rückmeldungen von Lehrkräften kann gesagt werden, dass die Kinder durch die Kurse bei ihrer Einschulung über einen wesentlich größeren Wortschatz und eine bessere Artikulation verfügen. Die Chancen der Kinder, dem Unterricht gut folgen und das Schulsystem mit Erfolg durchlaufen zu können, sind damit deutlich gestiegen.

Übersicht über die Sprachfördermaßnahmen 2006/2007 an Grundschulen:

	Anzahl der Sprachförderkurse	Anzahl der teilnehmenden Kinder	in folgenden Grundschulen
Schuljahr 2004/2005	3	45	Ludgerusschule Johannesschule Eschendorf Edith-Stein-Schule
Schuljahr 2005/2006	5	60	Paul-Gerhard-Schule Ludgerusschule Johannesschule Eschendorf Johannesschule Mesum Edith-Stein-Schule
Schuljahr 2006/2007	6	70	Annetteschule Ludgerusschule Diesterwegschule Michaelschule Johannesschule Mesum Edith-Stein-Schule
Gesamt	14	175	

4.3.3.3 Schlussfolgerungen zur Sprachförderung für Vorschulkinder

Die beiden oben genannten Varianten der vorschulischen Sprachförderung werden von Honorarkräften durchgeführt. Eine langfristige, verlässliche Planung dieser Maßnahmen ist so nicht möglich. Es besteht die Gefahr, dass die Lehrkräfte nach jedem Kurs oder sogar innerhalb eines Kurses wechseln. So können weder ein Vertrauensverhältnisse aufgebaut noch Erfahrungen angesammelt werden, die eine stetige Qualitätsverbesserung der Kurse begründen würden.

Für Eltern, deren Kinder in der Ganztagsbetreuung eines Kindergartens angemeldet sind, bedeutet die Verpflichtung des Kindes in eine Maßnahme des Schulamts, dass sie ihr Kind vorzeitig aus dem Kindergarten abholen und in die entsprechende Schule bringen müssen. Kindergartenförderung und Schulförderung machen sich so unnötig Konkurrenz. Die Kurse werden von der Stadt jährlich mit ca. 600 Euro bezuschusst.

Das neue Schulgesetz NRW schreibt eine Sprachstandsfeststellung für alle Kinder zwei Jahr vor Schulbeginn vor. Erstmals fand sie im Jahre 2007 statt.

Das Schulamt des Kreises Steinfurt bekam die Namen von ca. 750 vierjährigen Kindern vom Schulamt der Stadt Rheine übermittelt. LehrerInnen der Grundschulen führen in den jeweiligen Kindergarten und in Kooperation mit den dortigen ErzieherInnen die Sprachstandstests durch, nachdem sie selbst an einer besonderen Schulung teilgenommen haben.

Kinder, die keinen Kindergarten besuchen oder Kinder, deren Testergebnis uneindeutig ist, werden in einer zweiten Phase erneut getestet.

Die eigentliche Sprachförderung liegt dann, erstmalig ab dem 01.08.2007, in der Verantwortung der Kindertagesstätten. Die Finanzierung erfolgt über das Schulamt des Kreises. Jede Kindertagesstätte wird pro Kind mit Sprachförderbedarf einen Festbetrag bekommen.

Kinder, die keinen Kindergarten besuchen, sollen ebenfalls verpflichtend an Sprachfördermaßnahmen teilnehmen. Diese könnten an die neuen Familienzentren angebunden werden.

Für das neue Kindergartenjahr wurden seitens der Kindergärten 26 Sprachfördermaßnahmen beantragt. Die Anträge liegen alle dem Land vor. Unklar ist, ob sie noch nach dem alten Recht als Sprachmaßnahmen für Kinder bewilligt werden, die zum Schuljahr 2008/9 schulpflichtig werden.

Für die vierjährigen Kinder, die an den Sprachstandsfeststellungen teilgenommen haben, soll eine anderweitige Sprachförderung, wie oben beschrieben, stattfinden. Zurzeit ist noch völlig offen wann und wo welche Maßnahmen stattfinden.

Wichtig bei der Umsetzung dieses neuen Gesetzes ist auch die erstmals gesetzlich geforderte ganz enge Vernetzung zwischen den Kindergärten und den Grundschulen. Viele migratoinspezifische Erfahrungen der Kindergärten – z. B. in der Sprachförderung, in der Kulturvermittlung, in der Elternarbeit usw. – können so auf die Grundschulen übertragen werden.

4.3.3.4 Sprachförderung Deutsch im Schulsystem

Da es zurzeit einen sehr geringen Zuzug von Neuzuwanderern nach Rheine gibt, ist die Anzahl der Kinder, die als „Seiteneinsteiger“ ohne Deutschkenntnisse ins Schulsystem einzugliedern sind, ebenfalls sehr gering. Die letzte noch bestehende Auffangklasse für diese Kinder am Emslandgymnasium wurde daher im Herbst 2006 geschlossen.

Herr Judith, Rektor der Michaelschule, steht allen Schulen der Stadt und den Eltern der nicht Deutsch sprechenden neu zugewanderten Schulkindern als Fach- und Schullaufbahnberater zur Verfügung. Er versieht das Amt eines Schulkoordinators für Zuwanderer seit vielen Jahren und verfügt über Kenntnisse ausländischer Schulsysteme und einer methodischen Einführung in das deutsche Schulsystem.

Alle Schulen können zusätzliche Lehrerstunden für die Förderung von Kindern mit Zuwanderungsgeschichte beim Schulamt des Kreises Steinfurt beantragen.

- Für Integrationshilfen stehen dem Kreis Steinfurt insgesamt 19 Lehrerstellen für den Grundschulbereich zur Verfügung. Die Stadt Rheine hat hiervon drei zusätzliche Lehrerstellen bewilligt bekommen (z.B. Ludgerusschule Schotthock 1,4 Stellen). Für den Hauptschulbereich stehen dem Kreis insgesamt 23 Stellen zur Verfügung, davon sind 4,8 an Rheiner Hauptschulen angesiedelt (z.B. Elisabeth-Hauptschule 2,4 Stellen). Für die Förderschulen gibt es insgesamt 5 Lehrerstellen für Integrationshilfen, die Grüterschule hat so 1 zusätzliche Lehrkraft.
- Ebenfalls können Stellen über den „Sozialindex“ beantragt werden, hier liegt der Stellenanteil für den Kreis Steinfurt bei 7 Stellen im Grundschulbereich und bei 7 Stellen im Hauptschulbereich. Jede Hauptschule der Stadt hat so eine halbe zusätzliche Lehrerstelle bewilligt bekommen.
- Für die Sprachförderung in den Klassen 5 und 6 stehen den Hauptschulen im Kreis Steinfurt weitere 13 Stellen zur Verfügung, davon sind 3 Stellen an Schulen der Stadt Rheine vergeben worden.

Die Praxis im Schulalltag zeigt, dass trotz dieser zusätzlichen 13,3 Lehrerstellen eine durchgängige angemessene Sprachförderung für Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, nicht zu bewerkstelligen ist.

4.3.3.5 Muttersprachlicher Unterricht

Muttersprachlicher Unterricht wird im Schuljahr 2006/2007 über das Schulumt für den Kreis Steinfurt in Rheine in folgenden Sprachen und an folgenden Schulen angeboten:

Portugiesisch	Johannesschule Eschendorf
Arabisch	Ludgerusschule Schotthock
Türkisch	Overberg-Hauptschule Elisabeth-Hauptschule Fürstenberg-Realschule
Russisch	Overberg-Hauptschule Elisabeth-Hauptschule

So weit möglich, wird der Unterricht in den Schulmorgen integriert. Bei schul(form)übergreifenden Gruppen muss der Unterricht am Nachmittag stattfinden.

Eine gute Sprachkompetenz in der Muttersprache ist für das Kind eine wesentliche Voraussetzung zum Erlernen aller weiteren Sprachen. Hier müssen auch die Eltern ihre Kinder unterstützen, indem sie die Sprachkompetenz in der Muttersprache fördern. Das bedeutet besonders, dass die Muttersprache nicht nur in ihrer Umgangsform, sondern auch in ihrer literaten Form beherrscht werden muss. Dieser Erkenntnis widerspricht die oft gehörte Aufforderung an ausländische Eltern, mit ihren Kindern ausschließlich Deutsch zu sprechen.

Die tamilischen Familien in Rheine haben in Eigeninitiative tamilischen Muttersprachenunterricht durch eine qualifizierte Tamilischlehrerin für ihre Kinder organisiert, der von den Familien selbst finanziert wird. Das städtische Schulumt unterstützt diese Initiative, indem es Unterrichtsräume zur Verfügung stellt.

Außerhalb des Muttersprachlichen Unterrichts sind Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte an Rheiner Schulen im Übrigen selten zu finden. Eine

Ausnahme bildet die Elisabethschule, dort arbeiten fünf Lehrpersonen mit unterschiedlichem Zuwanderungshintergrund.

4.3.3.6 Zusammenfassung Sprache

Selbstverständlich ist das Erlernen der deutschen Sprache eine der wichtigsten Voraussetzungen, um Erfolg im deutschen Schulsystem zu haben. Die natürliche Mehrsprachigkeit eines Kindes mit Zuwanderungsgeschichte ist aber als gravierender persönlicher und gesellschaftlicher Vorteil zu sehen. Sowohl Deutsch als auch die Muttersprache müssen daher zum kompetenten Gebrauch gefördert werden.

Diese Forderung lässt sich im Übrigen auch auf Kinder, deren Muttersprache Deutsch ist, anwenden. Das Erlernen von Sprachen ist generell ein Vorteil, weil es z.B. den Blick für Kulturen und gesellschaftliche Zusammenhänge weitet.

Bisher wird der Wert der Muttersprache als Grundlage zum Erlernen der deutschen Sprache unterschätzt und nicht gewürdigt. Auch die natürliche Verzögerung in der Sprachentwicklung von zwei- oder sogar vielsprachig aufwachsenden Kindern wird oft als ein persönliches Defizit des Kindes betrachtet. Ein defizitorientierter Sprachunterricht ist für Kinder aber demotivierend und führt oft zum Misserfolg. Mehrsprachigkeit muss als Reichtum für das einzelne Kind und für die gesamte Gesellschaft be-griffen werden ⁵.

„Eine Sprache ist einen Menschen wert, zwei Sprachen sind zwei Menschen wert!“ (türkisches Sprichwort)

4.3.4 Hilfen außerhalb der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen

Durch Vermittlung der Freiwilligenbörse und der Projektgruppe Migration der Stadt Rheine gibt es ehrenamtlich arbeitende Menschen, die einzelne Kinder mit Zuwanderungsgeschichte, deren Eltern z. B. nicht in der Lage sind, bei den Hausaufgaben zu helfen, regelmäßig unterstützen. Die Ergebnisse dieser Initiative sind viel versprechend. Bislang konnten aber erst wenige HelferInnen und Familien zusammengeführt werden. Die Ehrenamtlichen werden fachlich vom Projekt Migration begleitet.

Weitere Hilfen bei der Erledigung von Hausaufgaben gibt es in verschiedenen Stadtteilen, z.B. im Centro San Antonio, im Türkischen Schul-, Eltern-, Kultur- und Sportverein, in der Fürstenberg-Realschule und in den Stadtteilbüros des Projekts Migration der Stadt Rheine.

Ein Projekt im Stadtteil Dutum (Stadtteilbüro Dutumer Straße) soll Kindern mit Zuwanderungsgeschichte den Übergang zwischen Kindergarten und Schule erleichtern. Bei diesem Projekt werden auch die Eltern mit einbezogen.

Um Schwellenängste abzubauen begleitet das Projekt Migration die Eltern zugewanderter SchülerInnen bei Bedarf zu Elternsprechtage und –konferenzen, Pflegschaftsversammlungen und anderen Kindergarten-/Schulveranstaltungen. Mit Kindergärten und Schulen steht es im ständigen fachlichen Austausch.

⁵ vgl. Tayfun Kelttek, Infodienst der LAGA, Nr. 25, Juni 2006

In einer Maßnahme zur Einübung gewaltfreien Verhaltens von Schülern kooperierten Schulsozialarbeit, Lehrerschaft, Projekt Migration, Jugendamt, Kriminalpräventiver Rat und die Evangelische Jugendhilfe, die an einer Hauptschule ein „Coolness-Training“ durchführte, an dem viele zugewandete Schüler teilnahmen.

4.3.5 Interkulturelle Öffnung der Bildungseinrichtungen

Die Integration der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte wird nicht ohne eine „zweiseitige Anstrengung“ geschehen. Neben dem zu fordernden angepassten (Leistungs-)Verhalten der Kinder im Bildungsalltag müssen die Bildungseinrichtungen die Lebenswelten der Zuwanderer berücksichtigen.

Interkulturelle Erziehung ist dabei weit mehr als der reine Spracherwerb. Das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichem sozialem und kulturellem Hintergrund prägt in vielerlei Hinsicht den Alltag der Bildungseinrichtungen. Kompetenzen, die hierbei erworben werden, kommen allen Kindern der Einrichtung zugute. Geläufigen Vorurteilen gegen Bildungseinrichtungen mit vielen Kindern aus Zuwandererfamilien muss begegnet werden, indem man die positiven Seiten für die Entwicklung aller Kinder unterstreicht. Verhaltensvielfalt, das Kennenlernen neuer Konfliktlösungsstrategien und vieler Kulturen, der vorurteilsfreie Umgang mit Menschen aus aller Welt usw. zählen zu diesen positiven Seiten. Vielfach werden diese Bildungseinrichtungen aber nur defizitorientiert betrachtet.

Laut Auskunft der Fachkräfte wird im Kindergarten- bzw. Schulalltag Wert auf eine möglichst gleiche Behandlung aller Kinder gelegt, ohne dabei gleich zu machen. So werden z. B. die Feiertage der unterschiedlichen Religionen in den meisten Kindergärten gemeinsam begangen, zugewandete Schüler besonders aufmerksam am Schul-/Klassenleben beteiligt. Andererseits werden religiöse Vorschriften und Praktiken (z.B. Essensvorschriften, Ramadanzeit) entsprechend berücksichtigt. An den weiterführenden Schulen wird z. B. gerade in den ersten Wochen der neuen 5. Jahrgänge mit viel Energie daran gearbeitet, eine Klassengemeinschaft aufzubauen. Die Klassen werden bewusst Nationalitäten gemischt gestaltet. Die soziokulturellen Lebenswelten der SchülerInnen fließen, wenn möglich, in die Unterrichtsinhalte der Schulfächer ein.

Kindergärten und Schulen versuchen, jedes Kind individuell zu fördern. Ein prägendes Merkmal der Persönlichkeit eines jeden Kindes, gerade der mit Zuwanderungsgeschichte, ist seine Herkunft. Entsprechend spielt dieses Persönlichkeitsmerkmal bei der individuellen Förderung auch eine entscheidende Rolle.

Erschwert wird die Arbeit der Bildungseinrichtungen durch das Fehlen von Fortbildungsmöglichkeiten, die interkulturelle Kompetenzen, neue Anregungen für die Arbeit oder auch Hintergrundinformationen über Kulturen vermitteln.

Eine zentrale Anlaufstelle, vergleichbar den RAA's ⁶ in größeren nordrhein-westfälischen Städten, fehlt in Rheine. Eine solche Einrichtung, die Informationen und Unterstützung in Bezug auf Konzepte, Strategien interkultureller Erziehung,

⁶ RAA = Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien

Unterrichtsmaterial usw. bereithält, Fortbildungen organisiert usw., wäre auch für die Stadt Rheine wichtig.

Durch die Öffnung der Grundschulbezirke haben die Eltern künftig ein Wahlrecht, an welcher Grundschule sie ihre Kinder anmelden. Es besteht die Gefahr, dass Grundschulen mit einem hohen Anteil von Kindern aus sozial schwierigen Milieus oder mit Zuwanderungsgeschichte in vielen gut situierten, bildungsorientierten Elternhäusern weiter im Ansehen sinken und gemieden werden. In Schulen mit homogener bildungsorientierter Schülerschaft liegen die an Schulfächern orientierten Leistungen evtl. über dem Durchschnitt. Die oben beschriebenen und von der modernen Gesellschaft geforderten sozialen Kompetenzen einer nach Nationalitäten und Leistungsstand gemischten Schule können alle Schulen dann aber nicht mehr vermitteln. Diese zu befürchtende Entwicklung ist nur durch eine finanzielle, personelle und ausstattungsmäßige Privilegierung der Schulen mit hohem Anteil an zugewanderten SchülerInnen zu kompensieren.

4.3.6 Elternarbeit

Deutsche Bildungseinrichtungen zählen fest auf die Mitarbeit und Unterstützung der Elternhäuser bei ihrer Bildungs- und Erziehungsarbeit. Viele Eltern ihrerseits sehen diese Zusammenarbeit und ihre Einflussnahme auf Bildungsinhalte als ihr Privileg an. Diese Zusammenarbeit ist aber nicht universell vorauszusetzen. Viele Gesellschaftsformen fordern, die Erziehungs- und Bildungsarbeit staatliche Stellen zu überlassen. Viele ausländische Eltern sind auch selbst nie oder nur sehr kurz zur Schule gegangen. Sie sind evtl. Analphabeten und konnten nie ein „inneres Bild“ von der Institution Schule entwickeln. Techniken wie organisiertes, konzentriertes Lernen sind ihnen unbekannt. Andere erlebten selbst einen sehr autoritären und zum Teil erniedrigenden Lehr- und Erziehungsstil. Sie projizieren ihre eigenen negativen Schulerfahrungen auf die deutsche Schule und vermeiden jeglichen Kontakt. Hinzu kommt, dass sie fürchten, den Anforderungen der deutschen Schule sprachlich nicht gewachsen zu sein und ihre eigenen Kinder evtl. zu blamieren. Die Zusammenarbeit insbesondere zwischen zugewanderten Eltern und Schulen gestaltet sich aus diesen und weiteren denkbaren Gründen oft schwierig.

Kindergärten mit einem hohen Zuwandereranteil haben hier positivere Erfahrungen gemacht. Durch die täglichen Kontakte beim Bringen und Abholen der Kinder und durch neue Wege in der Elternarbeit ist das Vertrauen zwischen den Eltern und den ErzieherInnen gewachsen.

- In vielen Kindergärten gibt es inzwischen gewählte ElternvertreterInnen mit Zuwanderungsgeschichte.
- Religiöse und kulturelle Festtage auch der zugewanderten Kinder werden im Kindergarten mit Unterstützung der Eltern erklärt und gefeiert.
- Feste im Kindergarten werden mit den Eltern aller Nationalitäten geplant. In Stadtteilen mit einem niedrigen Familieneinkommen werden sie möglichst kostenneutral organisiert. Es ist bei Zuwandererfamilien durchaus üblich auch Verwandte und Bekannte zu den Festen mit einzuladen. Das Essen wird mitgebracht und ist so auf alle Geschmäcker abgestimmt. Das Programm wird ebenfalls mit den Eltern organisiert, oftmals bietet solch ein Rahmen den

Familien die Möglichkeit ihre Kultur durch Musik, Tanz, Spiele, Geschichten etc. positiv vorzustellen. Sie erlangen dadurch eine respektvolle Achtung.

- Wenn das Vertrauen der Eltern durch eine persönliche Ansprache „auf Augenhöhe“ gewonnen ist, ist eine bessere Zusammenarbeit möglich. Zuwanderer beteiligen sich an Vätergruppen und Erziehungszirkeln („Elternführerschein“).
- Informationen des Kindergartens an die Eltern werden neben der schriftlichen Form immer auch mündlich durch eine direkte Ansprache mitgeteilt. Termine und Absprachen werden sehr kurzfristig bekannt gemacht.

Für viele Zuwanderereltern ist der Kontakt zum Kindergarten oft der erste intensive Zugang zum deutschen Bildungssystem. In ihren Herkunftsländern war das Bildungssystem anders aufgebaut, es wurden andere Strategien, Werte und Ziele in Bezug auf die Erziehung der Kinder verfolgt. Viele AussiedlerInnen berichten z.B. von einer nicht erwünschten Mitarbeit der Eltern im Erziehungssystem der sozialistischen Länder.

Um mit den Lehrern in Kontakt zu treten, ist für die Eltern wiederum die deutsche Sprache unerlässlich. Im Stadtteil Dorenkamp werden deshalb, angegliedert an die Grundschule und den Kindergarten, seit zwei Jahren ein Alphabetisierungskurs und ein Deutschkurs für Eltern mit Zuwanderungsgeschichte angeboten. Die beiden Kurse werden von den Eltern sehr gut angenommen. Neben der reinen Sprachvermittlung sind für die KursteilnehmerInnen auch der Austausch mit anderen Eltern und der Kontakt untereinander sehr wichtig. Wenig genutzt wird noch die Möglichkeit der Sprachvermittlung, die das Zuwanderungsgesetz auch für „Bestandsausländer“ bietet. Die VHS und andere Anbieter halten hier ständig Deutschkurse bereit.

Die LehrerInnen berichten, dass trotz allem auch die zugewanderten Eltern den starken Wunsch mitteilen, dass ihre Kinder im hiesigen Bildungssystem Erfolg haben. Elternarbeit ist also auch im Bereich der Zugewanderten von allen Seiten gefordert und unerlässlich. Es müssen aber alternative Ansätze der Elternarbeit langfristig und phantasievoll weiterentwickelt werden. Einige Schulen versuchen durch Hausbesuche, „Eltern-Frühstück“, internationales Kochen mit Eltern und neuen Formen der Elternabendkontakte zu den Familien aufzubauen. Mit Hilfe der Migrationsdienste, den ElternvertreterInnen aus dem gleichen Kulturkreis und den Migrantenselbstorganisationen kann der Zugang zu den Eltern erleichtert werden. Durch die Begleitung Kinder/Eltern bei der Einschulung durch ihre Kindergärten kann ein Teil der guten Elternarbeit in den Tageseinrichtungen auf die Schulen übertragen werden.

Wichtige Aspekte der Elternarbeit sind:

- Die Eltern müssen über die Bildungs- und Erziehungsinhalte der Schulen informiert werden.
- Informationsdefizite über das deutsche Bildungssystem müssen abgebaut werden.
- Die Eltern sollen in einen regelmäßigen Dialog mit der Schule und den anderen Eltern eintreten, so dass sie sich besser kennen lernen und gegenseitige Vorteile abgebaut werden.

- Kontinuierliche Angebote von Informations- und Diskussionsveranstaltungen über Erziehungsfragen helfen den Eltern, ihre Erziehungsverantwortung wahrzunehmen.

4.3.7 Strategien und Maßnahmen zur Förderung der Bildungschancen für Kinder aus Zuwanderungsfamilien für die Stadt Rheine

- verstärkte Anstrengung zur interkulturellen Öffnung von Institutionen / AnsprechpartnerInnen für Zuwanderungsfragen in den einzelnen Einrichtungen
- Initiieren neuer Strategien der Elternarbeit („auf Augenhöhe“) / Familienbildung
- Kompetenzen, die Kinder in einer interkulturellen Bildungsstätte erwerben, müssen stärker hervorgehoben werden, um der defizitorientierten Betrachtungsweise entgegen zu wirken
- frühzeitige gezielte Sprachförderung, eine genaue Abstimmung und Kooperation zwischen Schulämtern, Kindergärten und Schulen ist unerlässlich, die Sprachförderung muss nach Möglichkeit die Muttersprache mit einbeziehen
- Einrichtung einer zentralen Beratungs- und Informationsstelle für alle Beteiligten im Bildungssystem („kleine RAA“)
- Vernetzung der Einrichtungen im Stadtteil (Kindergärten, Schulen, Jugendbegegnungsstätten, Sportvereine, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Religionsgemeinschaften, Migrantenselbstorganisationen, Migrationsprojekte etc.) um sozialräumliche Angebote nach dem stadtteilspezifischen Bedarf gemeinsam zu entwickeln
- Die Schulstatistik erfasst nur ausländische Kinder bzw. Kinder mit Aussiedlerhintergrund, um den tatsächlichen Förderbedarf zu benennen müssen alle Kinder mit Zuwanderungshintergrund (z. B. auch Eingebürgerte) erfasst werden
- Geeignete Maßnahmen müssen getroffen werden, um mehr Zuwandererkinder in Weiterführende Schulen zu bringen. Auf Seiten der Schüler müssen die Schulleistungen verbessert werden. Auf Seiten der Lehrer müssen die Empfehlungskriterien überdacht und neu definiert werden. Auf Seiten der Eltern muss die Selbstwahrnehmung und die Selbstbeschränkung („Höhere Schulbildung ist für uns unerreichbar.“) geändert werden.
- Ausbau der Ehrenamtlichkeit im Bereich der individuellen Förderung

Kinder und Jugendliche im Bildungssystem (Statistik erscheint später im Anhang)

Die Schulstatistik der Stadt Rheine bestätigen im Kleinen die Ergebnisse der PISA-Studie, wonach Kinder mit Zuwanderungshintergrund im deutschen Bildungssystem deutlich weniger Chancen haben als einheimische Kinder.

Die folgende Tabelle zeigt den Anteil und die Anzahl der SchülerInnen aus ausländischen Familien und Aussiedlerfamilien in den einzelnen Schulformen in der Stadt Rheine. Die Zahlen sind der Schulstatistik 2006/2007 der Stadt Rheine entnommen. Die Schulstatistik erfasst allerdings ausschließlich ausländische SchülerInnen und SchülerInnen mit Aussiedlerhintergrund. Viele Kinder mit Migrationshintergrund haben inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft und fallen aus der Statistik heraus. Die Kindergärten und Schulen berichten daher von einem wesentlich höheren Anteil von Zuwandererkindern.

Anteil und Anzahl der SchülerInnen aus ausländischen Familien und Aussiedlerfamilien in den einzelnen Schulformen in der Stadt Rheine, Schulstatistik 2006/7

Schulform	alle Schüler	ausländische Schüler		Schüler mit Aussiedlerhintergrund		ausländische Schüler und Aussiedler	
		Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Grundschulen	3266	247	7,6%	178	5,5%	425	13,0%
Hauptschulen	1169	173	14,8%	151	12,9%	324	27,7%
Realschulen	1598	108	6,8%	120	7,5%	228	14,3%
Gymnasien	3121	63	2,0%	193	6,2%	256	8,2%
Gesamtschule	1046	65	6,2%	116	11,1%	181	17,3%
Sonderschulen	266	98	36,8%	16	6,0%	114	42,9%
Schulen ges.	10466	754	7,2%	774	7,4%	1528	14,6%

Quelle: Schulstatistik 2006/7, eigene Berechnungen

Entwicklung der SchülerInnen aus ausländischen Familien und Aussiedlerfamilien in den einzelnen Schulformen in der Stadt Rheine in Prozent

Schulform	ausländische Schüler			Schüler mit Aussiedlerhintergrund			ausländische Schüler und Aussiedler		
	1996	2001	2006	1996	2001	2006	1996	2001	2006
Grundschulen	7,0	8,8	7,6	8,7	6,9	5,5	15,7	15,7	13,0
Hauptschulen	6,0	15,3	14,8	17,9	21,9	12,9	23,9	37,2	27,7
Realschulen	4,2	5,7	6,8	3,0	9,0	7,5	7,2	14,7	14,3
Gymnasien	2,1	2,3	2,0	0	7,7	6,2	2,1	10,0	8,2
Gesamtschule	3,2	4,8	6,2		11,9	11,1		16,7	17,3
Sonderschulen	7,6	23,9	36,8	2,9	8,7	6,0	10,5	32,6	42,9
Schulen ges.	5,6	7,4	7,2	6,3	9,8	7,4	11,9	17,2	14,6

Quelle: Schulstatistik 1996, 2001, 2006/7, eigene Berechnungen

Die Entwicklung der Anteile der SchülerInnen aus ausländischen Familien und Aussiedlerfamilien in den einzelnen Schulformen von 1996 bis 2006 macht deutlich, dass es sowohl positive wie negative Tendenzen gibt.

SchülerInnen aus ausländischen Familien und Aussiedlerfamilien

Der Anstieg der Prozentzahlen der SchülerInnen zwischen 1996 und 2001 spiegelt den starken Zuzug bzw. die Zuweisung von Asylbewerberfamilien und Aussiedlerfamilien in die Stadt Rheine wieder.

Der Anteil der SchülerInnen in den Schulen nimmt seit 2001 etwas ab. Erklärbar wird dies durch oben genannte Problematik der Schulstatistik und den geringen Zuzug von Neuzuwanderern in die Stadt. Oftmals Aussiedlerstatus nicht mehr ersichtlich.

SchülerInnen aus ausländischen Familien

Bei den ausländischen SchülerInnen sticht besonders ihr prozentualer Anteil sowohl an der Sonderschulen als auch an den Hauptschulen hervor. Im Gegensatz dazu ihr Anteil an den

Gymnasien nach wie vor unterrepräsentiert. Erfreulich ist, dass der Anteil an der Gesamtschule und den Realschulen stetig zunimmt.

SchülerInnen aus Aussiedlerfamilien

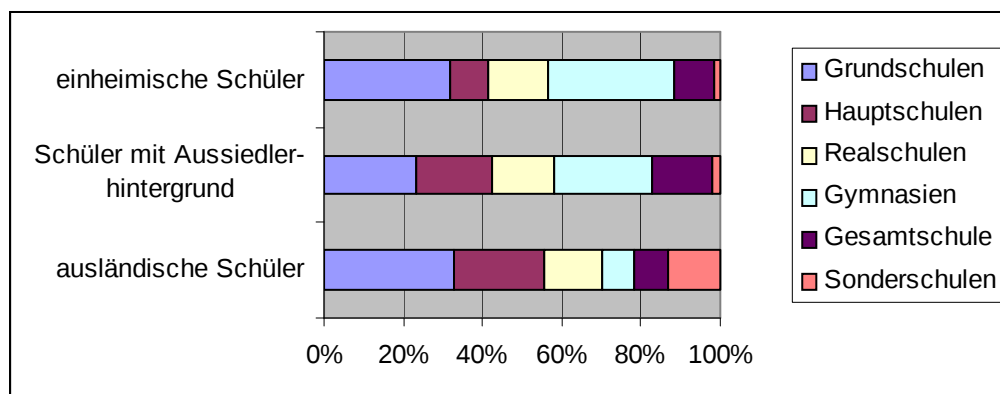
Der Anteil der SchülerInnen aus Aussiedlerfamilien nimmt in allen Schulformen seit 2001 ab. Hervorzuheben ist dies besonders für die Hauptschulen, hier sank der prozentuale Anteil von 21,9 % auf 12,9 %.

Die schlechteren Chancen im Bildungssystem für ausländischen SchülerInnen und SchülerInnen aus Aussiedlerfamilien im Bildungssystem macht folgende Übersicht deutlich. Sie zeigt den prozentualen Anteil von 100 SchülerInnen in den einzelnen Schulformen.

Unterschiedliche Verteilung in % von 100 SchülerInnen

Schulform	ausländische Schüler	Schüler mit Aussiedler-hintergrund	einheimische Schüler
Grundschulen	32,8	23,0	31,8
Hauptschulen	22,9	19,5	9,5
Realschulen	14,3	15,5	15,3
Gymnasien	8,4	24,9	32,1
Gesamtschule	8,6	15,0	9,7
Sonderschulen	13,0	2,1	1,7
Schulen ges.	100	100	100

Quelle: Schulstatistik 2006/7, eigene Berechnungen



Ausländische SchülerInnen und SchülerInnen aus Aussiedlerfamilien sind mit einem hohen Prozentsatz an den Hauptschulen vertreten, im Vergleich dazu besuchen nur 9,5 % der einheimischen Kinder die Hauptschule. Der Prozentsatz aller Schülergruppen an den Realschulen ist dagegen sehr ausgeglichen. Große Unterschiede gibt es beim Besuch der Gymnasien, rund 32 von 100 einheimischen SchülerInnen, 25 von 100 SchülerInnen aus Aussiedlerfamilien, aber nur 8 von 100 ausländische SchülerInnen besuchen ein Gymnasium. 15 von 100 SchülerInnen aus Aussiedlerfamilien gehen zur Gesamtschule. An den Sonderschulen sind 13 von 100 ausländischen SchülerInnen angemeldet. Die Zahl der einheimischen SchülerInnen und der SchülerInnen aus Aussiedlerfamilien liegt hier nur bei 2 von 100.

Folgende Tabelle zeigt den Anteil der ausländische SchülerInnen und SchülerInnen aus Aussiedlerfamilien an den Rheiner Schulen. Im Grundschulbereich wird deutlich, dass ca. 7 der 17 Grundschulen einen prozentualen Anteil von über 20 % von SchülerInnen aus ausländischen Familien und Aussiedlerfamilien haben. 1 Schule liegt bei 10,4 %, alle anderen Grundschulen bei deutlich unter 10 %. Der berechnete Durchschnitt für die

Stadt Rheine von 13 % ist so wenig aussagekräftig. Teilräumlich besteht also eine erhebliche Variationsbreite.

Prozentsatz der ausländische SchülerInnen und SchülerInnen aus Aussiedlerfamilien an den Rheiner Schulen

Name der Schule	Anzahl aller Schüler	ausländische Schüler		Schüler mit Aussiedlerhintergrund		ausländische Schüler und Aussiedler	
		2006	2001	2006	2001	2006	2001
Annetteschule	286	7,3	7,2	12,2	10,1	19,6	17,4
Bodelschwinghschule	158	17,1	11,5	7,6	7,2	24,7	18,8
Canisiusschule	195	0,5	1,3	0,0	3,4	0,5	4,7
Diesterwegschule	79	22,8	23,5	8,9	9,4	31,6	32,9
Edith-Stein-Schule	101	20,8	27,9	5,9	4,7	26,7	32,6
Franziskusschule Mesum	262	1,5	1,9	0,0	3,8	1,5	5,7
Gertrudenschule	200	3,5	4	3,0	6,2	6,5	10,1
Johannesschule Eschend.	175	12,0	9,2	6,9	6,9	18,9	16,2
Johannesschule Mesum	212	4,2	5,7	6,1	0,9	10,4	6,6
Josefschule Rodde	69	1,4	1,3	4,3	5,1	5,8	6,3
Kardinal-von-Galen-Schule	300	1,0	0,6	4,0	5,1	5,0	13,5
Ludgerusschule Elte	136	3,7	4,9	0,0	4,1	3,7	8,9
Ludgerusschule Schottock	224	25,9	27	15,6	20,5	41,5	47,5
Marienschule Hauenhorst	218	1,8	2,2	1,8	2,2	3,7	4,3
Michaelschule	250	6,8	5,9	12,8	11,4	19,6	17,3
Paul-Gerhardt-Schule	193	4,7	6,1	0,5	5,5	5,2	11,7
Südeschschule	308	6,8	10,4	0,0	1,3	6,8	11,7
Gesamt	3266	7,6	8,6	5,5	6,9	13,0	15,5

Don-Bosco-Schule	395	5,6	4,8	1,8	10,3	7,3	15,2
Elisabethschule	300	24,7	19,6	25,0	34,4	49,7	54,1
Overbergschule	474	16,5	18,2	14,6	19,2	31,0	37,4

Elsa-Brändström-Schule	848	4,0	1,6	7,4	7	11,4	8,6
Fürstenbergrealschule	528	9,1	7,2	8,7	12,9	17,8	20,1

Emslandgymnasium	862	3,0	3,3	10,0	13,3	13,0	16,5
Gymnasium Dionysianum	1008	1,5	1,3	4,6	4,1	6,1	5,4
Kopernikus-Gymnasium	1251	1,8	2,4	4,9	6,1	6,6	8,4

Euregio-Gesamtschule	1046	6,2	4,8	11,1	11,9	17,3	16,7
----------------------	------	-----	-----	------	------	------	------

Quelle: Schulstatistik Oktoberzahlen 2006/7, 2001/2, eigene Berechnungen

Der prozentuale Anteil der ausländischen SchülerInnen und SchülerInnen mit Aussiedlerhintergrund würde bei der Erfassung aller SchülerInnen mit Zuwanderungshintergrund höher sein (Problematik der Schulstatistik). Zukünftig muß überlegt werden, wie man den tatsächlichen Anteil der Kinder mit Zuwanderungshintergrund erfassen kann. Denn aufgrund dieser Zahlen können zusätzliche Lehrerstellen, Förderprogramme etc. beantragt werden.

Bei der Befragung der Kindergärten wurde deshalb, neben der Anzahl der ausländischen Kinder, auch der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund abgefragt. Wichtig war auch die Einschätzung der ErzieherInnen, wieviel Kinder Förderbedarf haben.

Die Abfrage erfolgte auf freiwilliger Basis und ist daher nicht ganz vollständig. Die Einordnung der Kinder beruht auf subjektiver Einschätzung des Kindergartenpersonals. Die Zahlen haben nichts mit der Sprachstandsfeststellung für vierjährige Kinder zu tun, die bis zu den Sommerferien 2007 erhoben werden soll.

Ausländische Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund in den Kindergärten

Name des Kindergartens	Plätze Gesamt	Ausländische Kinder	davon mit Förderbedarf	zusätzlich Kinder mit Migrationshinterg.	davon mit Förderbedarf	%-Zahl Kinder mit Migr.hintergrund	%-Zahl Kinder mit Förder-bedarf
Antonius-Kindergarten	70	24	24	20	20	63	63
St. Dionysius-Kindergarten	75	10	10	9	5	25	20
St. Elisabeth-Kindergarten	75	0	0	30	12	40	16
St. Raphael-Kindergarten	95	4	2	20	15	25	18
Herz-Jesu-Kindergarten	50	10	10	7	7	34	34
St. Josef-Kindergarten, Mesum	95	4	3	7	0	12	3
Josef-KG,Katerkampweg	75	4	2	12	1	21	4
St. Gertrud-Bentlage	50	0	0	0	0	0	0
St. Bonifatius-Kindergarten	75	11	11	19	19	40	40
Ludgerus-Kindergarten, Elte	50	2	0	0	0	8	0
Marien-Kindergarten, Hauenhorst	100	4	4	3	2	7	6
Marien-Kindergarten	100	2	0	28	12	30	12
Haus der Kinder St. Martin	60	5	3	13	9	30	12
Michael-Kindergarten	75	6	6	32	29	51	47
Joseph-Kindergarten	50	3	3	6	0	18	6
Jakobi-Kindergarten	90	3	2	37	19	44	23
Johannes-Kindergarten	95	31	21	30	12	64	35
AWO-Kindergarten	70	0	0	53	43	76	61
TV Jahn Kindergarten "Mobile"	75	0	0	2	0	3	0
Bunte Welt Kindergarten	75	4	1	12	3	21	5
Kindergarten Lernern fördern e.V.	65	3	2	14	11	26	20
Caritas-Kindertagesstätte Ellinghorst	60	0	0	14	3	23	5
Kindergarten Lummerland	50	0	0	8	8	16	16
Waldorf-Kindergarten	50	0	0	0	0	0	0
Kindergarten Sandmanns Hof	50	0	0	10	5	20	10

Die Zahlen weisen für vier Kindertagesstätten einen Anteil von Kindern mit Zuwanderungshintergrund von deutlich über 50 Prozent aus. In weiteren 13 Einrichtungen liegt der Anteil bei über 20 Prozent. Je nach Stadtteil und Einzugsgebiet der Kindergärten sind deutliche Unterschiede in Bezug auf die Prozentzahlen zu erkennen. So gibt es auch Kindergärten, die kaum von Kindern mit Zuwanderungshintergrund besucht werden.

Folgende Tabelle ist der Schulentwicklungs-und Jugendhilfeplanung für die Stadt Rheine, erstellt durch die ZASP GmbH, entnommen.

Kinder mit Zuwanderungshintergrund in den Grundschulbezirken

	Kindergärten	Schulen
--	--------------	---------

Grundschulbezirke	Kinder mit Migrations- hintergrund	% aller Kinder in den KG	% vorwiegend nicht dtisch. Sprache	Schüler: ausländ. und Aussiedler	% aller Schüler	% ausl. Schüler	% Aussiedler
Annetteschule	52	23,0	11,5	58	19,1	8,6	10,5
Johannesschule Eschend.	60	39,7	29,1	40	20,1	13,1	7,0
Josefschule Rodde	10	19,2	15,4	4	6,3	4,7	1,6
Südeschschule	42	22,6	14,0	26	8,8	8,4	0,3
Eschend./Gellend./Rodde	164	26,7	16,9	128	14,8	9,3	5,6
Bodelschwinghschule	30	15,1	17,1	39	23,5	15,7	7,8
Canisiusschule	2	2,0	1,0	3	1,4	0,0	1,4
Ludgerusschule Schottock	104	75,9	69,3	92	40,4	25,4	14,9
Altenrheine/Schottock	136	31,2	29,8	134	21,9	13,7	8,2
Diesterwegschule	7	9,5	4,1	25	31,3	26,3	5,0
Edith-Stein-Schule	35	50,7	37,7	26	25,2	17,5	7,8
Gertrudenschule	5	4,0	4,8	20	8,9	5,3	3,6
Kardinal-von-Galen-Schule	44	48,9	32,2	18	9,2	1,0	8,2
Michaelschule	56	22,9	8,2	45	19,1	6,4	12,8
Paul-Gerhardt-Schule	20	18,2	4,5	15	7,5	7,5	0,0
Rheine links der Ems	167	23,4	12,5	149	14,4	8,0	6,4
Franzikusschule	12	6,8	6,8	8	2,9	2,9	0,0
Johannesschule Mesum	11	11,0	9,0	19	9,4	4,5	5,0
Ludgerusschule Elte	1	2,3	0,0	8	5,6	4,2	1,4
Marienschule Hauenhorst	14	7,1	1,5	7	3,1	1,3	1,8
Südraum	38	7,4	4,7	42	5,0	3,1	1,9
Gesamtstadt	509	21,7	15,0	453	13,5	8,1	5,4

Quelle: Kindertagesstätten-Zählblätter 12/2005, Schulstatistik, Oktoberzahlen 2005/6

Der Anteil der Kinder mit Zuwanderungshintergrund liegt im Kindergartenbereich stadtweit bei etwa 22 %. Etwas geringer ist der Anteil der Kinder aus Familien, in denen überwiegend nicht deutsch gesprochen wird: ca. 15 %, d.h. jedes 6.-7. Kindergartenkind bzw. spätere Schulkind.

Im Grundschulbereich ist der Anteil der ausländischen Familien oder aus Aussiedlerfamilien insgesamt niedriger. Dieser Unterschied verweist allerdings auf die oben schon angesprochenen Schulstatistik. Kinder mit Zuwanderungshintergrund werden nur teilweise erfasst.

Teilräumlich besteht eine erhebliche Variationsbreite. In einigen städtischen Teilbereichen/Einrichtungen liegt der Anteil der Kinder mit Zuwanderungshintergrund bei 50 % und darüber. Diese Anteilswerte verweisen auf die besondere Relevanz von Sprachfördermaßnahmen für Kinder sowie auf zielgruppenspezifische Arbeitskonzepte in den jeweiligen Bildungseinrichtungen.

Fazit:

Anteil der ausländischen SchülerInnen an den Haupt- und Sonderschulen sehr hoch

Anteil der ausländischen SchülerInnen an der Gymnasien sehr gering

Anteile der SchülerInnen mit Aussiedlerhintergrund (fast identisch mit den Anteilen der einheimischen SchülerInnen) „guter Weg“

Teilräumlich bestehen große Unterschiede bei Prozentzahlen der einzelnen Grundschulen und Kindergärten, „Ghettoisierung entgegenarbeiten“

4.3 Interreligiöser Dialog

“Kein menschliches Leben ohne eine Weltethik für die Nationen, kein Friede zwischen den Nationen ohne Frieden zwischen den Religionen, keine Friede zwischen den Religionen ohne Dialog zwischen den Religionen.“⁷

Neben der Sprache ist es vor allem die Religion eines Menschen, die seine Werte und Kultur bestimmt. Das trifft nicht nur auf bekennende und praktizierende Gläubige zu, sondern auf alle Individuen einer bestimmten Gesellschaft. In Deutschland ist es so kaum möglich, in den Bildungseinrichtungen, den Massenmedien, in der Gesetzgebung usw. nicht von christlichen Wertvorstellungen beeinflusst zu werden. Es ist ja gerade die Funktion von gesellschaftlichen Wertesystemen, dass sie ohne groß bewusst zu werden ihre Wirkung entfalten. Auch nichtchristliche Zuwanderer unterliegen also christlichen Einflüssen.

Anders als die Sprache kann die Religion der Mehrheitsgesellschaft aber nicht einfach übernommen werden. Eine Eigenheit fast aller großen Weltreligionen ist, dass sie sich selbst als die einzig wahre begreifen und die Werte anderer Religionen oft herabsetzen oder beargwöhnen. Seitdem die Religionszugehörigkeiten nicht mehr territorial begrenzt und voneinander getrennt sind, entstehen hieraus Konflikte.

Einerseits fühlen sich die Angehörigen der Mehrheitskulturen herausgefordert, sich beständig selbst zu hinterfragen. Das führt zu Selbstunsicherheit, die ein Gefühl der eigenen Desintegration erzeugt. Andererseits deutet man das Verhalten der Angehörigen anderer Religionen nach den eigenen, durchaus mehrheitsfähigen Deutungsschemata. Das hieraus dann oft entstehende Überlegenheitsgefühl entzieht den Zuwanderern die gesellschaftliche Solidarität, so dass sie vor Integrationshemmnisse gestellt sind. Die Möglichkeit der Ausübung seiner eigenen Religion ist Teil der kulturellen Integration.

Angehörige der religiösen Minderheiten haben das Problem, dass sie ihre religiösen Praktiken nicht mehr selbstverständlich praktizieren können. Ihre Feiertage sind z. B. nicht mehr durch die Gesetze geschützt, Gemeinden können oft nicht mehr wohnortnah gegründet werden, es gibt keine Friedhöfe, um die Toten entsprechend der Riten zu bestatten usw. Vor allem bei ihren in der Mehrheitskultur aufwachsenden Kindern müssen Eltern ein sich Entfernen von der eigenen Religion hinnehmen.

In Rheine wohnen und leben ca. 2.000 Menschen, die sich zum Islam bekennen. Sie stammen vornehmlich aus den Ländern Türkei (ca. 1.200), dem ehemaligen Jugoslawien (ca. 500 Roma, Albaner, Bosnier), aus dem arabischen Raum (ca. 200 Nordafrikaner, Libanesen, Syrer, Iraker usw.) ferner aus dem persisch-afghanische Raum und aus schwarzafrikanischen Ländern (ca. 150). Zusammen machen Muslime etwa 3 % der Bevölkerung Rheines aus. Sie sind somit die drittgrößte Glaubensgruppe in Rheine. Diese Zahl ist im Übrigen nicht gleichzusetzen mit der Ausländerstatistik. Viele Muslime sind Eingebürgerte oder wurden bereits als Deutsche geboren. Sie sind also fester Bestandteil der Stadtgesellschaft.

⁷ Aus dem Schlusskommunikee des ersten Parlaments der Weltreligionen, 1993 in Chicago, USA

Die Muslime in Rheine haben sich in zwei Moscheevereinen zusammengeschlossen. Beide Moscheen sind türkisch-sunnitisch ausgerichtet, der größten muslimischen Bevölkerungsgruppe Rheines, aber auch andere Nationalitäten, Araber, Afrikaner, Asiaten usw., zählen sich zu den Gemeinden, die auch offen sind für jede islamische Konfession. In Rheine wohnen z.B. größere Gruppen von Sunniten, Schiiten und Aleviten. Es wurde auch ein muslimischer Frauen und Mädchenverein gegründet, der sich sozialen und Bildungsaufgaben widmet.

Da der Anteil der jungen Familien unter den MuslimInnen besonders hoch ist, ist mit einer zahlenmäßig raschen Zunahme von muslimischen Kindern zu rechnen. Derzeit gehen 720 muslimische SchülerInnen in Rheiner Schulen.

Weitere ca. 400 SchülerInnen bekennen sich weder zum christlichen noch zum islamischen Glauben. Insgesamt sind also 7,5 % aller SchülerInnen nicht christlich.

Auch eine große Gruppe Hindus lebt in Rheine. Sie stammt hauptsächlich aus Sri Lanka und Nepal und zählt schätzungsweise 250 Menschen. Einen eigenen Tempel haben die Hindus noch nicht in Rheine. Sie sind aber auf der Suche nach einem geeigneten Ort. Derzeit haben sie im Josefshaus in Wettringen eine Möglichkeit gefunden, ihre religiösen Rituale abzuhalten.

Es gibt auch eine kleine Gruppe von Yeziden, einer alten Religion, die hauptsächlich im Kurdengebiet des nahen Ostens (Türkei, Syrien, Irak) zuhause ist, deren Anhänger aber heute überwiegend als Flüchtlinge in Europa verstreut leben.

Auch weitere christliche Glaubensrichtungen kamen durch Zuwanderung nach Rheine. So sind unter den Aussiedlern viele russisch-orthodoxe Christen und baptistische Aussiedler gründeten ihre eigene Gemeinde. Armenier kamen als Flüchtlinge aus der Türkei und Anhänger der „Pfingst-“, und „Erweckungskirchen“ hauptsächlich aus Afrika.

Durch Zuwanderung hat sich die religiöse Prägung Rheines neu gestaltet. Mit Blick auf die wichtigen sozialen Funktionen von Religion, z.B. bei der Werte-, Moral- und Ethikausformung, muss die gesellschaftliche Lage der Stadt neu überdacht werden. Wie immer geht es im Zusammenhang mit Zuwanderung darum, Probleme zu minimieren aber auch Bereicherungen herauszufinden und der Stadtgemeinschaft nutzbar zu machen.

4.3.1 Das Referat von Prof. Dr. Hasan Alacacioğlu

Auf Einladung des Netzwerks Migration referierte der an Frankfurter Goethe-Universität lehrende Islamwissenschaften Prof. Dr. Hasan Alacacioğlu am 08.03.2007 vor einem interessierten Publikum im Ratssaal der Stadt über die Lebenszusammenhänge von nichtchristlichen Zuwanderern in Deutschland am Beispiel der Gruppe der Muslime.

Dr. Alacacioğlu wurde 1961 in Denizli (Türkei) geboren und studierte in İzmir und Münster islamische Theologie, Religionswissenschaften, Pädagogik und Soziologie. An der WWU Münster arbeitete er in einem Forschungsprojekt „Muslimische Religiosität in der säkularen Gesellschaft“ und an der Universität Gießen in einem Forschungsprojekt „Moscheenkonflikte in Rhein-Main-Gebiet“. 1999 veröffentlichte er ein Buch mit dem Titel „Deutsche Heimat Islam“.

Sein Referat wird im Folgenden wiedergegeben.

4.3.1.1 Die demographische Lage der Muslime in Deutschland

In Deutschland leben zurzeit rund 3,5 Millionen Muslime aus mehr als 40 Nationen. Dies sind etwa 4% der Bevölkerung der Bundesrepublik. Damit stellt der Islam in Deutschland neben den beiden großen christlichen Kirchen die drittgrößte religiöse Gemeinschaft dar. Dies verdeutlicht die wachsende gesellschaftliche, vor allem aber soziale Bedeutung des Islams in ganz Europa. Gleichzeitig sind mehr als 700.000 Schüler(innen) an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Deutschland muslimischen Glaubens. Dies sind fast 6 % aller Schüler in Deutschland. Generell sollte bedacht werden, dass sich der Islam im Laufe seiner über 1400-jährigen Geschichte in den über 50 islamisch geprägten Staaten der Welt national und ethnisch in unterschiedlichen Formen und Ausprägungen entwickelte. Deshalb stellen die Muslime in Deutschland auch keine ethnisch-kulturell einheitliche, in sich geschlossene, homogene Gruppe dar. Sie sind nach sich teilweise überschneidenden ethnischen, nationalen, sprachlichen, politischen und schließlich islamisch-religiösen Kriterien differenziert. Die türkische Praxis des Islams hat beispielsweise recht wenig mit dem persischen Islamverständnis zu tun, so wie die malaysische Variante stark von der in Saudi-Arabien praktizierten abweicht.

4.3.1.2 Islamische Gemeinden und ihre Bedeutung für muslimische Migranten

Zur Erfüllung ihrer religiösen und kulturellen Bedürfnisse haben sich die Muslime in Deutschland über entsprechende vielfältige islamische Gemeinden organisiert. Für ihre geistigen, religiösen und sozialen Bedürfnisse sorgen heute mehr als 2.500 registrierte (sunnitische, schiitische und alevitische) islamische Vereine, und über 100 klassische Moscheen. Weitere Moscheen befinden sich im Bau bzw. in der Planungsphase.

Mit der Gründung solcher Vereine begannen die muslimischen Arbeitnehmer, mit ihren begrenzten Möglichkeiten ihre kulturellen und religiösen Bedürfnisse zu befriedigen. Die islamischen Vereine werden von den Muslimen als Moschee bezeichnet und bestanden immer aus einem Gebetsraum und einem Gemeinschaftsraum. Das Wort Moschee stammt von dem arabischen Wort „Masdchid“ (abgeleitet von „Suchud“), das übersetzt etwa „Ort der Niederwerfung, der Anbetung und Verehrung“ bedeutet. Im Türkischen nennt man die Moschee auch „Dschami“ ein Wort, das ebenfalls arabischen Ursprungs ist und „Sammlung, Einsammlung, Verbindung, Zusammenführung“ bedeutet. Eine Moschee/Masdchid/Dschami ist also ein Ort, an dem sich die Muslime zum gemeinsamen Gebet versammeln und auch bei wichtigen Anlässen treffen. Die Moschee kann aber nicht als „Haus Gottes“ im christlichen Sinn bezeichnet werden⁸.

In der Funktion der Moschee als Bauwerk spielt es eine wichtige Rolle, dass sie eine inspirierende Kraft auf Glauben und Religion ausübt. Traditionell ist die Moschee als Gebetsort eng mit dem Alltag der muslimischen Gemeinde verbunden. Sie hat aber auch noch zusätzliche Funktionen für die Muslime. Bis zur Einführung eines staatlichen Schulsystems hatte sie die Funktion einer religiösen Schule (arabisch: Madrasa). Dieses spiegelt sich noch heute in den Moscheen der islamischen Gemeinden in Deutschland wider. Es gibt in den großen Gemeinden oft auch ein Koran-Kursangebot für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, eine Bibliothek und eine Videothek mit religiösen, kulturellen und politischen Werken, einen Versamlungs- und Dienstleistungsraum, einen Laden, einen Frisör, Wasch- und Duschräume, schulische Nachhilfe für Kinder und ein Übersetzungsbüro. So wurden Moscheen allgemein zu einem Ort der Begegnung und zur sozialen Anlaufstelle z. B. zur Organisation finanzieller

⁸ vgl. Islam Ansiklopedisi 7/1993; 46

Nachbarschaftshilfen. Ebenso stehen die Räume der Moschee für religiöse Feste wie z. B. zum Ramadan (Fastenbrechen, Zuckerfest), Opferfest, Geburtstag des Propheten, aber auch bei persönlichen religiösen Anlässen im Leben eines Menschen wie Beschneidung, Hochzeit und Beerdigung zur Verfügung. Moscheen geben „*ein Gefühl der Sicherheit und Solidarität*“⁹.

Somit ersetzen sie ein Stück der entfernten Heimat (vgl. Kapitel 4.1). Sie sind Zufluchtstätte für die Muslime, in der sie ihre Religion, Kultur und heimatliche Atmosphäre erleben können. Die aus unterschiedlichen Ländern kommenden Muslime können hier ihre Landsleute treffen und sich in ihrer Muttersprache unterhalten. Insbesondere die älteren Männer besuchen gerne die angegliederten Teestuben. Sie stellen Treffpunkt und Mittelpunkt der sozialen Aktivitäten einer Gemeinde dar.

Durch ihre vielfältigen Funktionen können Moscheen in Deutschland heute den Muslimen bei ihrer sozialen Stabilitätssicherung helfen.

4.3.1.3 Das Verhältnis von Religion und Gesellschaft – Vorbeter in der islamischen Gemeinde

Fast in jeder Gemeinde gibt es einen haupt- oder nebenamtlichen Vorbeter, Imam genannt. Sie kommen immer noch mehrheitlich aus den Herkunftsländern der Migranten. Vorbeter, die in den türkischen DITIB-Gemeinden arbeiten, werden von der türkischen Regierung aus der Türkei für eine bestimmte Zeit (i. d. R. 4 Jahre) nach Deutschland geschickt.

Imame verfügen über einen großen Einfluss in ihrer Gemeinde. Sie sind für viele Muslime Respekts- und Vertrauensperson sowohl in religiösen als auch in privaten Dingen. Wenn die Gläubigen Probleme haben, holen sie sich beim Imam Rat. Er ist aber kein Pastor oder Pfarrer im Sinne des Christentums. Auch hat er nicht zwangsläufig eine akademische Ausbildung. Ihn zeichnen eine gute Kenntnis des Korans und Lebenserfahrung aus.

In Europa/Deutschland übernimmt der Imam – im Unterschied zu muslimischen Ländern – noch eine zusätzliche Rolle. Neben seiner Lehrer- und Vorbeterrolle übernimmt er auch Aufgaben im Kontext der Migrationssituation, z. B. bei der Binnen- und Außenwirkung seiner Gemeinde und der Integration der Muslime im sozialen und politischen Bereich. Besonders die staatlich aus der Türkei gelenkten DITIB-Moscheen legen daher seit einiger Zeit gesteigerten Wert auf eine fundierte Ausbildung ihrer Imame, die in der Regel heute alle auch an einer Hochschule studiert haben. Vor ihrem Einsatz in Deutschland müssen sie zumindest Grundkenntnisse im Deutschen erwerben.

Im Mittelpunkt des Religionsunterrichts der islamischen Moscheevereine steht:

- das Lesen und Auswendiglernen des Korans, d. h. der einzelnen Koransuren in arabischer Sprache,
- Die Vermittlung von allgemeinem religiösem und kulturellem Grundwissen über den Islam,
- die Lehre der religiösen Rituale und Verrichtungen,
- die Geschichte des Islams und des Lebens des Propheten Mohamed, der islamischen Ethik und Morallehre.

Auch wenn muslimische Eltern mit den Korankursen in einigen Moscheen nicht zufrieden sind, bleibt ihnen doch oft keine andere Wahl, ihre Kinder in der islamischen Religion und Kultur unterweisen zu lassen. Die Korankurse in den islamischen Gemeinden sollten daher nicht als

⁹ vgl. Kappert, zit. nach Germann/Kruse u. a. 1993

Alternative oder Ersatz für einen schulischen Religionsunterricht verstanden werden. Vorzuziehen wäre vielmehr eine ergänzende Funktion, vergleichbar dem Kommunion- oder Konfirmationsunterricht in christlichen Kirchen.

Die islamischen Gemeinden haben sich bis Mitte der 90er Jahre von liberal- bis extremistisch-religiös orientiert gezeigt. Sie waren mehr oder weniger auf die Politik ihrer Herkunftsländer fixiert. Erst in den letzten Jahren koppelte sich die Orientierung der Gemeinden an die hiesigen Gesellschaftsformen und sie distanzieren sich deutlich von fundamentalistischen Meinungen. Besonders gilt dieses auch für die Terroranschläge, die seit dem 11.09.2001 die Welt im islamischen Namen erschüttern. Alle großen deutschen Islamvereinigungen verurteilten diese uneingeschränkt, eindeutig und öffentlich als unislamisch und verbrecherisch.

Nach dem Vorbild des Propheten Mohammed, der seine Entscheidungen in der Moschee traf, ist diese auch heute ein Ort der religiösen und gesellschaftlichen Diskussion. Spätestens im 20. Jahrhundert kam es mit der weitgehenden Ausformung der Nationalstaaten zu einem Missbrauch der primär religiösen, sozial-solidarischen Funktion der Moscheen. In Europa bzw. Deutschland versuchten extremistisch und nationalistisch orientierte Menschen durch ihre Aktivitäten massiven Einfluss auf die Muslime in den Moscheen zu nehmen. In diesem Sinne werden auch heute noch einige islamische Gemeinden manipuliert.

Abgesehen von diesen Ausnahmen muss man aber den von Muslimen gegründeten islamischen Vereinen im religiösen, kulturellen, sozialen und rechtlichen Bereich eine aufopferungsvolle, integrative Arbeit bescheinigen, die deutsche Institutionen den muslimischen Migranten nicht anbieten können.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Moscheen in ihrer Funktion ein Symbol des emotionalen Halts – gerade für Muslime in der Diaspora der westlichen Länder – darstellen. Sie repräsentieren die Identität und Wertvorstellungen aller Muslime und helfen dem Einzelnen, sich in der christlichen Umwelt zu Recht zu finden.

4.3.1.4 Befragung der Muslime im Münsterland

Wie beschreiben sich die Muslime selbst? Wie ist ihr Wissen über ihre eigene Religion und wie tief ist ihre Gläubigkeit? Wie sehen die Muslime selbst die Rolle des Imams und der muslimischen Gemeinden im Kontext der Integration? Wie positionieren sie sich gegenüber denen, die sie als fremd wahrnehmen.

Prof. Dr. Alacacioğlu machte zu diesen Fragen eine Erhebung¹⁰, an der 563 Probanden im Alter zwischen 15 und 70 Jahren teilnahmen.

Die Mehrheit der Befragten, nämlich 88.2 %, ordnete sich der Kategorie „Muslim“ zu, definierte ihre Identität also am ehesten über den Faktor der Religionszugehörigkeit. Weitere Antwortmöglichkeiten waren „Ich bin ich selbst“ (86,2 %) und das Kriterium der jeweiligen Nationalität. Des Weiteren konnten sich die Befragten mit Begriffen wie „Weltbürger (33.2 %), „Europäer“ (33,2%) und „Deutscher“ (24.7%) identifizieren. 80,1 % der Befragten nahmen für sich selbst eine starke Ausprägung der Gläubigkeit in Anspruch. Die Gläubigkeit der Muslime ist aber nicht mehr strikt verbunden mit einer totalen und gleichzeitig rigiden Glaubens- und Lebenspraxis, sondern ist sie mehr oder weniger offen und individuell ausgeprägt. Während z. B.

¹⁰ „Muslimische Religiosität in einer säkularen Gesellschaft“ Münster 1999/2000

36,6% der Erwachsenen regelmäßig die vorgeschriebenen Gebete verrichten, beträgt der Anteil bei den Jugendlichen nur noch 9,0 %. Auch unter den Moscheebesuchern sind Jugendliche unterrepräsentiert.

Die religiöse Zugehörigkeits- und Glaubensdefinition kann als tief empfundene religiöse Verwurzelung interpretiert werden. Sie darf aber nicht als alles dominierendes Deutungsmuster und insbesondere nicht als Ablehnung des westlichen Gesellschaftssystems durch die Mehrheit der Muslime missdeutet werden. Die religiöse Zugehörigkeitsdefinition ist zunächst einmal die übliche und grobe kulturelle und soziale Selbstverortung. Eher allgemeine, also „äußere“ Aspekte der Religionszugehörigkeit spielen für die Identifikation eine wichtigere Rolle, als spezifisch interpretierte Glaubensinhalte. Die religiöse Praxis besonders der Jugendlichen schlägt sich denn auch vor allem in der Einhaltung des Fastengebots nieder. Im Ramadan fasten zwar die meisten Muslimen, nur wenige aber verrichten auch die gleichzeitig vorgeschriebenen Gebete. Warum die muslimischen Jugendlichen häufiger fasten als beten ist darin zu suchen, dass das Fasten gerade in der islamischen Gesellschaft stärker als das Beten einen gemeinschaftskonstituierenden Charakter besitzt. Ein weiterer Grund liegt in der familiären und außerfamiliären sozialen Kontrolle gerade in der muslimischen Gesellschaft. Üblicher Weise werden die Kinder und Jugendlichen für ihr Fastenverhalten im Ramadan gelobt.

Die meisten „einfachen“ Muslime überschätzen ihr religiöses Wissen. In der Befragung Dr. Alacacioğlus gaben viele Befragte fälschlich z. B. Weihnachten und den Besuch des Mausoleums des Gründers der modernen Türkei, Atatürk, als hohe muslimische Feste an, Atatürk wurde als Prophet genannt und das Auswendiglernen der türkischen Nationalhymne als wichtiger Glaubensgrundsatz. Auch muss angemerkt werden, dass sich das religiöse Wissen von älteren Muslimen vielfach auf althergebrachte Sitten und Gebräuche beruft. Sie können nicht zwischen mitgebrachten Traditionen und verbindlichen religiösen Regeln unterscheiden. Nichts aber ist gefährlicher als Halbwissen!

4.3.1.5 Einstellung der Muslime gegenüber Deutschland und ihre Erfahrungen von Ausgrenzung und Isolation

Um einen Eindruck vom Lebensgefühl der muslimischen Migranten in der deutschen Gesellschaft zu erhalten, richtete sich die Befragung auch auf mögliche Erfahrungen von Ausgrenzung, Isolation und Diskriminierung, bzw. deren Reaktion darauf.

Die Befragten wurden um ihre Einschätzung hinsichtlich der Frage gebeten, ob in der deutschen Bevölkerung generell eine ablehnende Haltung gegenüber Muslimen existiere. Mehr als zwei Drittel (70,8%) geht davon aus, dass es in Deutschland eine „ganz starke“ bis „teilweise“ Ablehnung gibt und erhebt damit explizit den Vorwurf einer für sie bedrohlichen Ablehnung. Fast ein Drittel (32,1%) gibt an, in letzter Zeit selbst Erfahrungen mit Ausländerfeindlichkeit gemacht zu haben. Diese Umfrageergebnisse werden auch durch eine ähnliche Befragung des Essener Instituts für Türkeistudien (ZfT) und anderer Autoren (vgl. Wilamowitz-Moellendorf 2001,9) bestätigt, in der türkische Migranten angaben, sie fühlten sich in ihrem Alltagsleben – bei der Arbeit, der Wohnungssuche, bei Behörden – ungleich den Deutschen behandelt.

Nach einer Langzeitstudie der Universität Bielefeld steigt die Ablehnung der deutschen Mehrheitsbevölkerung gegenüber Muslimen. 2002 gaben 52% der Befragten an, nicht in der Nachbarschaft von Muslimen wohnen zu wollen; 2004 waren es bereits 58 %. Diese Entwicklung muss natürlich auch im Zusammenhang mit den terroristischen Anschlägen islamisch-extremistischer Organisationen gesehen werden.

Die Befragten sehen sich zwar mit vielen Diskriminierungserfahrungen konfrontiert, nehmen diese aber nicht zum Anlass, die deutsche Aufnahmegesellschaft generell abzulehnen oder negativ zu beurteilen. Auf die Frage „Was bedeutet Deutschland für Sie?“ antworten viele mit dem Wort (zweite) Heimat und lassen damit erkennen, dass sie sich in der deutschen Gesellschaft wohl fühlen. Deutschland ringt ihnen Bewunderung für seine demokratischen, politischen, freiheitlichen, rechtsstaatlichen, gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse ab. Sie sind von der Überlegenheit der herrschenden Ordnung, der Einhaltung der Menschenrechte, der Religionsfreiheit und des Fleißes der Menschen überzeugt. Deutsche Behörden genießen ein starkes Vertrauen. Das gilt auch für Polizei und Justiz¹¹. Die emotionale Verbundenheit mit Deutschland geht allerdings in den seltensten Fällen so weit, dass die Bindung zum Herkunftsland daneben keine Rolle mehr spielt.

Kritisch zu Deutschland merkten viele der Befragten Vorurteile der Mehrheitsgesellschaft gegenüber fremden Religionen und Kulturen an. Außerdem werden auch fehlende oder unzureichende ethische und moralische Werte, Gefühlskälte, Materialismus, Egoismus, Unfreundlichkeit, fehlende Menschlichkeit, Alkohol, Drogen, Sex und Nacktheit als schlechte Charaktereigenschaften der Deutschen genannt.

4.3.1.6 Wie sehen die Muslime die Rolle des Islam und seiner Einrichtungen im Kontext der Integration?

Die deutsche Integrationsdebatte ist seit Jahren durch eine eigentümliche Fixierung auf den Islam geprägt. Offenkundig werden Menschen mit muslimischem Hintergrund hierzulande sowohl bezüglich ihrer kulturellen Integrationsfähigkeit wie hinsichtlich ihrer verfassungspolitischen Loyalität mit einer besonderen Skepsis betrachtet.

Die Angaben der Befragten (72,4%) belegen, dass ihre Religion und Religiosität für sie kein Hindernis in einer pluralistischen und modernen Gesellschaft darstellen. Sie sehen den Islam auch als vereinbar mit Modernität, Demokratie und Menschenrechten. Der Islam stellt für sie kein Hindernis für die Integration und die Demokratie dar, sondern fördert diese.

Die Befragten kritisieren allerdings die mangelnde Qualität der Funktionsträger in den Gemeinden. Die Jugendlichen vertreten die Auffassung, dass die Gemeinden sich intensiver um Kontakte zu öffentlichen Institutionen bemühen sollten, um den Dialog zwischen den muslimischen Migranten und der deutschen Gesellschaft zu fördern. Von den Gemeinden fordern sie die Funktion eines modernen Begegnungszentrums für Menschen jeder Religion und Kultur, das auch gesellschaftspolitisch aktiv am öffentlichen Leben partizipiert, um die Eingliederung der muslimischen Menschen in die deutsche Gesellschaft zu erleichtern. Und in der Tat können islamische Gemeinden gerade hier eine Brückenfunktion ausüben.

Die jungen Befragten sehen allerdings auch erhebliche Defizite der Imame im sozialen Bereich und in der Fähigkeit, mit Jugendlichen angemessen umzugehen. Sie kritisieren die mangelnden Deutschkenntnisse der Vorbeter und ihre oft vorhandene politische Abhängigkeit.

4.3.1.7 Schlussfolgerungen

¹¹ vgl. Wilamowitz-Moellendorf 2001, 10

Erstens herrscht in Europa kulturelle und religiöse Pluralität. In den Großstädten liegen die verschiedenen religiösen Stätten – Moscheen, Kirchen, Synagogen, Tempel – direkt nebeneinander. In dem kürzlich erschienenen Handbuch „Religionen in Berlin“ werden ca. 360 religiöse Gemeinschaften gezählt, nur 34 % der Bevölkerung gehört einer christlichen Kirche an. 50 % der Schüler kommen aus nichtchristlichen bzw. konfessionsfreien Familien.

Die Menschen sind heute mit einer zunehmenden Pluralität von Kulturen, Religionen und Weltanschauungen konfrontiert. Während einige Menschen diese Vielfalt als gesellschaftliche Bereicherung verstehen, zeigen sich andere irritiert oder fühlen sich gar bedroht. Dies bewirkt bei manchen, auch bei Jugendlichen, Verunsicherung, Ängste, Aggressionen oder sogar rassistische und extremistische Einstellungsmuster.

Derartige Spannungen und Konflikte zeigen sich gerade auch bei den Religionen. Religionen werden nur allzu häufig von den politischen Eliten dazu instrumentalisiert, die eigenen Interessen durchzusetzen. Teilweise werden schon Kinder zum Hass gegeneinander erzogen. Die Bürgerkriege in Bosnien, dem Libanon, Nordirland und Indien sind nur einige Beispiele unterschiedlicher Religionen hierfür. Religionen sollen und können aber gerade nicht dazu dienen, politische und soziale Konflikte zu einer Auseinandersetzung religiöser Anschauungen werden zu lassen. Alle großen Weltreligionen weisen aber ein großes Potential sowohl für den Frieden wie auch für die Gewalt auf.

Notwendig wäre deshalb eine verstärkte Öffentlichkeits- und Zusammenarbeit zwischen den deutschen Einrichtungen (z.B. Jugendamt, Kindergarten, Schule, Sozialberatungen) und den Moscheen und muslimischen Kulturvereinen. Einerseits könnte dieses in den Schulen, den Kindergärten und den Jugendzentren passieren, damit die Kinder, Schüler und Jugendlichen dahingehend gefördert werden, dass sie befähigt werden, die Verschiedenheit und Fremdheit der vielen Religionen und Kulturen wahrzunehmen und sie in ihrem „Sosein“ bzw. ihrem „Anderssein“ anzuerkennen und zu achten. Andererseits wäre die aufklärende Arbeit auch für die muslimischen Eltern in den Gemeinden sehr wichtig, damit Ängste abgebaut und Beratungsangebote leichter angenommen werden können.

Zweitens muss hierzu gesagt werden, dass die entsprechenden Angebote für muslimische Migranten bislang expertenorientiert und nicht adressatenorientiert verliefen. Für das bundesdeutsche Bildungssystem besteht daher die Herausforderung, die entsprechenden Multiplikatoren so auszubilden, dass sie der Komplexität einer multiethnischen Bürgergesellschaft auch in Zukunft Rechnung tragen können. In diesem Zusammenhang sei Prof. Frank-Olaf Radke von der Universität Hamburg zitiert, der sagt:

„Alle LehrerInnen (vor allem Pädagogen, Sozialarbeiter, Theologen und Religionswissenschaftler) müssen in Zukunft so qualifiziert sein, dass sie [mit der] Heterogenität und Pluralität der [muslimischen und nicht-muslimischen] Schüler und der Bevölkerung angemessen umgehen können“¹²

In diesem Sinne ist die Einführung eines Islamunterrichts an öffentlichen Schulen sehr wichtig, um jungen Menschen zu ermöglichen, sich kritisch mit der eigenen aber auch mit den anderen Traditionen auseinander zu setzen um ihren Platz in der heutigen multireligiösen und multikulturellen Gesellschaft zu finden.

¹² Frank-Olaf Radke: Pädagogische Grenzüberschreitungen. Probleme interkultureller Erziehung. In: Ausländerkinder. Forum für Schule und Sozialpädagogik, H. 30/1987, S. 67

Drittens wurden mit den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York der „islamische Terrorismus“ und die Integration der Muslime in Europa und Deutschland zum Dauerthema in den Medien. Der Islam wurde und wird zur Bedrohung der westlichen Zivilisation, zum Feind der Freiheit, der Moderne und des Westens hochstilisiert. Seitdem haben sich die Ängste und Vorbehalte gegenüber dem Islam und den Muslimen verstärkt, und nach dem versuchten Bombenanschlag in Deutschland sind Ängste, Misstrauen und Vorbehalte noch weiter angestiegen. An dieser Stelle soll gesagt werden, dass Zusammenarbeit und Kooperation zwischen den islamischen Gemeinden und der Polizei organisiert wird.

Die Polizei und die deutschen Behörden müssen sich mehr als bisher interkulturell und interreligiös öffnen und in den Behörden müssen sprachlich und kulturell kompetente Beamtinnen und Beamte mit Migrationshintergrund eingestellt werden, um den Terrorismus und jeden terroristischen Versuch schnell erkennen und rechtzeitig eingreifen zu können. Und als Bürger und Bürgerinnen müssen wir gegenüber allen terroristischen Verbrechen wachsam sein, die das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen in unserer Gesellschaft zerstören wollen.

Viertens wird darüber hinaus diskutiert, ob Teile der Lehren des Koran mit dem Grundgesetz zu vereinbaren seien, z.B. die mangelnde Gleichberechtigung der Frauen, das islamische Strafsystem oder die fehlende Religionsfreiheit und Toleranz. Allerdings sollte hier nicht die Frage entscheidend sein, ob alle Textpassagen im Koran mit dem Grundgesetz vereinbar sind, sondern wie die Muslime und die islamischen Gemeinden mit den Lehren des Koran umgehen. Wie der 4. Kalif Imam Ali sagt: *„Der Koran ist eine Schrift zwischen Buchdeckeln, die nicht spricht; es sind die Menschen, die mit ihm sprechen“*.

Auch in der Bibel finden sich aus heutiger Sicht inakzeptable bzw. verfassungswidrige Formulierungen, wenn es um die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Religionsfreiheit und Toleranz gegenüber Andersgläubigen, Ehescheidung und Gotteslästerei geht¹³. Wenn derartige Passagen der Bibel heute ganz mehrheitlich als historisch bedingt interpretiert werden, dann sollte dies problematischen Aussagen des Korans ebenfalls zugestanden werden. *„Wie Martin Buber über die Bibel sagt: 'Dies ist das Buch, in dem jeder findet, was er sucht', dann sollte dieses Wort freilich auch für den Koran gelten“*¹⁴

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist das Bemühen darum, eine neue Generation muslimischer Akademiker auszubilden, die in der Lage sind, die Dynamik und das Potential des Islams in die Strukturen der modernen Welt einzuordnen, so wie es auch bei anderen Religionen der Fall ist.

Fünftens, immer dann, wenn es um Beziehungen zwischen der nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft und der muslimischen Religionsgemeinschaft in Europa nicht zum Besten steht, taucht das Wort „Euro-Islam“ auf.

¹³ Beispiele: Die Bibel zum Verbot der Scheidung: „Wer eine Frau heiratet, die aus der Ehe entlassen wurde, begeht Ehebruch“ (Math. 5; 31); zur Tötung von Ehebrechern: „Wenn einer mit der Frau seines Nächsten Ehebruch begeht, so sollen beide ... getötet werden“ (3. Mose 20; 10).

Der Koran hierzu: „Wenn eine Frau und ein Mann Unzucht begehen, dann geißelt jeden von ihnen mit hundert Hieben.“ (Koran 24; 2); zur Bestrafung von Gotteslästern: Bibel „Wer den Namen des Herrn lästert, der soll getötet werden.“ (3. Mose 24; 16); zur Toleranz gegen andere Religionen zitiert die Bibel Jesus: „Ich bin nicht gekommen um Frieden zu bringen, sondern das Schwert.“ (Math. 10; 34).

¹⁴ (vgl. Moslemische Revue 2005)

Verschiedene Untersuchungsergebnisse belegen, dass das Religionsverständnis und die Wertorientierung der zweiten und dritten Generation der muslimischen Migranten sich der nicht-muslimischen Welt angenähert hat. Dennoch kann man nicht so schnell von Euro-Islam sprechen.

“der Euro-Islam [ist] bisher vielmehr ein von den Behörden herbei gewünschtes Konstrukt als eine tatsächliche Folge innerislamischer Transformationen“ (Tezcan 2003, 256)

Solange die Muslime nicht als vollwertige europäische Bürger und der Islam nicht als gleichberechtigte europäische Religion anerkannt werden, bleibt der Euro-Islam ein künstliches Gebilde von Politikern und so genannten Islamexperten.

Der Direktor des Orientinstituts, Prof. Udo Steinbach, stellt in seiner typischen, mitunter recht drastischen Ausdrucksweise fest:

“Muslime verlassen die Hinterhöfe, wo sie ihre Moscheen eingerichtet hatten, wollten sie doch über viele Jahre wieder in die Türkei (oder nach Nordafrika) zurückkehren. Nun aber haben sie beschlossen, hier zu bleiben, und treten selbst in die Öffentlichkeit; Ihr Gotteshaus soll neben der evangelischen oder katholischen Kirche stehen“ (Steinbach 2000, 88)

Dies ist auch als Handlungsaufforderung nach Anerkennung des Islams als integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft zu verstehen.

Sechstens ist es sicher richtig, dass die Muslime in Europa bzw. in Deutschland ein Integrationsproblem haben. Aber die Ursache für diese Integrationsprobleme sollte man nicht dem Islam zuschreiben. Sie müssen vielmehr in den sozialen, ökonomischen und politischen Problemen selbst gesucht werden.

Hier muss darauf hingewiesen werden, dass das Erlernen der deutschen Sprache eine wichtige Voraussetzung für Integration ist. Deutsch ist sowohl für die Erwachsenen als auch für die Kinder sehr wichtig. Es ist bekannt, dass die Migrantenkinder ein großes Sprachproblem haben. Durch eine Vernetzung der muslimischen Organisationen und deutscher Einrichtungen können Sprachförderprojekte eingerichtet werden.

Wie bereits oben gesagt, umfassen die Aktivitäten der muslimischen Gemeinden nicht nur die religiöse Betreuung, sondern darüber hinaus auch juristische Beratung, sportliche Angebote, pädagogische und soziale Hilfen, Fortbildungskurse und Jugendarbeit. Dazu fehlen den Gemeinden aber leider qualifizierte Personen wie z. B. Sozialarbeiter und Pädagogen, sowie die öffentliche Unterstützung im politischen und sozialen Bereich. Wenn die deutschen politischen Institutionen, Gewerkschaften und sozialen Einrichtungen, Behörden und Schulen mit diesen Gemeinden Kontakt aufnehmen und zusammenarbeiten würden, könnten sie für den Integrationsprozess der muslimischen Mitbürger in die deutsche Gesellschaft einen wesentlichen Beitrag leisten.

Im Gegensatz zu verbreiteten Klischees in der Mehrheitsgesellschaft deutet das offene Bekenntnis zur Religion nicht auf soziale Segregation, sondern auf einen Prozess des Sesshaftwerdens hin. So ist etwa die Entscheidung, in einer deutschen Stadt eine Moschee zu bauen, ein Signal dafür, dass sich die Muslime von ihrem Gaststatus verabschiedet haben und in Deutschland ansässig und heimisch geworden sind.

Die Haltung der Muslime wird durch die verbreitete Ansicht vertreten, dass die Heimat dort ist, wo man seine Religion und seinen Glauben ungestört praktizieren kann. Auch das ist ein Faktor, der zur Förderung der Integration genutzt werden kann.

Die Probleme der heutigen modernen Welt wie Kriege, Terrorismus, Fundamentalismus, Armut und Ungerechtigkeit können ohne eine weiter gehende intensive Zusammenarbeit und ein viel stärkeres Verständnis für die jeweiligen Probleme des Anderen nicht gelöst werden.

Zur Bewältigung der Spannungen und Konflikte innerhalb pluralistisch verfasster Gesellschaften müssen der Dialog und das Verständnis zwischen den Religionen und Kulturen gefördert werden, um die Verschiedenheit und vielleicht auch Fremdheit der jeweils anderen Religion wahrnehmen und sie gerade in ihrem Anderssein anzuerkennen und zu achten. Sowohl von Seiten der muslimischen Community wie auch von der Mehrheits- bzw. Aufnahmegesellschaft müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um hier den gegenseitigen Adaptionsprozess des „mit einander leben, bedeutet von einander lernen“ einzuleiten und zu verselbständigen.

4.3.3 Umsetzungsvorschläge für Rheine

*“khoday bolsse, amake bhalobashar age,
tomra ek oneke bhalabascha”¹⁵*

Diese Spruchweisheit widmete ein Zuwanderer aus dem muslimisch geprägten Bangladesch der Stadt Rheine. Sie ist in eine der sieben Eisenplatten graviert, die auf der Dionysiusbrücke liegen und als ein Symbol für die Weltoffenheit Rheines gelten können. Die Platten antworten auf die an ihre Gestalter gerichtete Frage: „Welche tradierte Weisheit Ihrer Heimat hat Ihnen bei Ihrer Integration geholfen?“

Es ist gut, dass die neuen Religionen in der Stadt ihr Hinterhofdasein verlassen haben. Sie gehen offen auf die Gesellschaft zu, laden sie zu ihren Festen und in ihre Moscheen und Gemeindehäuser ein. Viele einheimische Gruppen und Institutionen haben in Gegenzug durch Vermittlung der Projektgruppe Migration, des Integrationsrates usw. z. B. die Moschee an der Münsterstraße schon kennen gelernt.

Alle BürgerInnen der Stadt sind eingeladen, z.B. am alljährlich stattfindenden „Tag der offenen Moschee“ oder durch Vermittlung der Beratungsdienste für Migranten den Kontakt zu den Moscheen zu suchen. Die örtlichen Medien sollten ihre Möglichkeiten nutzen, durch Information und Ermutigung Schwellenängste abzubauen.

Andererseits muss aber auch festgestellt werden, dass die nichtchristlichen Zuwanderer wenig Genaues über den christlichen Glauben, die Kirchen und das christliche Sozialsystem wissen. Auch in dieser Richtung darf der Informationsfluss nicht dem Zufall überlassen bleiben. Hier ist eine gemeinsame Aufgabe aller religiösen Gemeinschaften, der Migrantenselbstorganisationen, der Beratungsdienste für Migranten und der Bildungseinrichtungen, entsprechende Informationsmöglichkeiten zu entwickeln und anzubieten. Die Herausgabe eines interreligiösen Stadtführers, der Kirchen, Moscheen, Tempel, den muslimischen Friedhof usw. aber auch die Zeugnisse der jüdischen Vergangenheit Rheines beschreibt, wäre hier eine Möglichkeit.

¹⁵ „Gott sagte, wenn mir die Liebe zuerst gehört, liebt ihr einer den anderen“

„Bildungsferne“ Schichten und die Zuwanderer müssen dabei auf neuen Wegen erreicht und angesprochen werden.

In vielen Kindergärten und Schulen wurden bereits entsprechende Konzepte entwickelt und umgesetzt. Ihre Erfahrungen können mittels entsprechender Informationsvermittlung und Fortbildungsseminare auf andere Einrichtungen übertragen werden.

Überhaupt liegt im Erziehungs- und Bildungssystem ein wichtiger Schlüssel für ein friedvolles und gedeihliches Miteinander in der multireligiösen Stadtgesellschaft. Wer bereits im Kindergarten ein entspanntes Verhältnis zu Angehörigen fremder Religionen kennen gelernt hat und in der Schule gelernt hat, sich kritisch und selbstbestimmt mit Unterschieden auseinander zu setzen, dürfte gegen „Rattenfängerparolen“ weitgehend immun sein. Die Institute der Erwachsenenbildung müssen mehr Kurse als bisher zu den verschiedenen Religionen anbieten.

Ein sozial angemessener Umgang mit fremden Religionen setzt Wissen über die eigene Religion voraus. Bislang ging man davon aus, dass die nichtchristlichen Religionsgemeinschaften selbst für die Unterrichtung ihrer Kinder und Jugendlichen sorgen können. Die sprachliche Heterogenität vor allem der Muslime macht dieses aber unmöglich. Die meisten Moschee-Lehrer können nur in Türkisch unterrichten, aber nur 50 % der jungen Muslime spricht Türkisch als Muttersprache. Selbst jugendliche Türken wünschten sich eine religiöse Ansprache und Unterweisung auf Deutsch und verwiesen auf Österreich, wo es schon üblich sei, dass in den Moscheen auf Deutsch gepredigt würde. Die Schulen Rheines sollten sich große Mühe geben, zu den ersten Schulen im Land zu gehören, die deutschen Islamunterricht erteilen. Dieses hat im Übrigen nichts – wie einige Muslime argwöhnen und einige Politiker möglicher Weise intendieren – mit einer besseren Kontrolle zu tun.

Die sprachlich weitgehend homogene Gemeinde der Hindus hat innerhalb des muttersprachlichen (Tamilisch-)Unterrichts auch religiöse Unterweisung auf eigene Kosten organisiert. Ihnen fehlen aber Unterrichtsräume. Hier sollten städtischen Schulen Klassenräume zur Verfügung stellen.

An dieser Stelle kann auch auf die Umsetzungsempfehlungen im Kapitel über „Interkulturelle Öffnung der Institutionen“ (Kapitel XX) hingewiesen werden. Sowohl die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Zuwanderer (im Zusammenhang mit Religion z. B. die Beachtung der hohen Feiertage, des Familien- und Erziehungssystems, Initiationsriten usw.) als auch die Beteiligung der Zuwanderer in den leitenden Positionen der Institutionen und der Stadtpolitik ist zu beachten.

Die geistlichen Würdenträger der christlichen Kirchen spielen in der Öffentlichkeit einer Stadt traditionell eine wichtige Rolle. Es gehört „zum guten Ton“, sie zu Festlichkeiten und Empfängen einzuladen und sie an wichtigen Entscheidungen zu beteiligen. Dieses Privileg muss auch den Vertretern anderer Religionen zugestanden werden, damit der demokratische bürgerliche Wert der Gleichheit (Égalité) nicht nur eine Redensart bleibt.

Die Moscheen und anderen religiösen Einrichtungen bieten ihre Zusammenarbeit an. Bei der Planung der städtischen Infrastruktur bzgl. Jugend, Kultur, Bildung und sozialen Hilfen müssen sie berücksichtigt werden. Das schließt auch die Förderung von qualifiziertem Fachpersonal ein. Die bestehenden Institutionen können auf die (religiösen) Vereine zugehen und einen Teil ihrer Angebote (Sprachkurse, Beratungsstunden, politische Sitzungen usw.) dorthin verlagern.

Der Dialog aller Religionen muss aber auch auf Expertenebene stattfinden. Es ist zu erwarten, dass die christlichen Kirchen aus ihrer tiefgründigen Kenntnis der bestehenden Gesellschaft, die sie ja selbst mitgeformt haben, den Vertretern anderer Religionen bei ihrer Suche nach einem Ausleben ihrer Religion in eben dieser westlichen Kultur, helfen können. Vertreter der muslimischen und der christlichen Religion treffen sich im Netzwerk Migration zu unterschiedlichen Themen. Die Treffen müssen aber ausgeweitet und intensiviert werden und eine Regelmäßigkeit erfahren.

Kirchen- wie Moscheegemeinden kümmern sich nicht nur um transzendente Aspekte. Auch das soziale und gesellige Leben kommt nicht zu kurz. Die Moscheen warten darauf, zu Gruppenarbeit (z. B. Frauengruppen), Pfarrkirmessen, Jugendveranstaltungen usw. eingeladen zu werden und sie haben auch die Kompetenz und Kapazität, ihre eigenen Beiträge zu leisten.

Es darf nicht vergessen werden, dass die geschichtliche Entwicklung Rheines nie eine allein christliche gewesen ist, sondern bis zum Zweiten Weltkrieg eine christlich-jüdische war. Der Heimatforscher Franz Kolck berichtet in seinem Buch „Rheine im Wandel der Zeiten“ von einer Tradition, die sich um die ehemalige Nikolai-Kirche an der Mühlenstraße rankt (ihr Abriss erfolge im Jahre 1912). Dort trafen sich an jedem 5. Dezember, also am Vorabend zum Nikolausfest *alle* Kinder der Stadt, katholische, evangelische und jüdische Kinder, zum gemeinsam Gebet, um den Heiligen Mann wegen der erwarteten Geschenke gnädig zu stimmen. Kolck berichtet aber auch, dass diese nicht organisierte Tradition einer „kindlichen Privatandacht“ verschwand, „als sich die Erwachsenen einmischten, die Kleinen „ordentlich“ zur Kirche führten und mit ihnen gemeinschaftlich beteten“.¹⁶

Ein jährlicher, fester Termin, an dem allen Gläubigen ihre religiösen Werte und ihre spirituelle Kraft gemeinsam darstellen können, z. B. ein gemeinsames Friedensgebet, ein interreligiöses Symposium oder religiös-kulturelles Fest (z. B. Tage religiöser Musik) würde der Stadt gut anstehen.

Interreligiöser Dialog in Rheine ist keine neue Erfindung, sondern eine alte Tradition, die darauf wartet, unter den Vorzeichen der heutigen Gesellschaft mit neuem Leben erfüllt zu werden. Er kann eine gesellschaftliche Wertediskussion beleben und den Willen der BürgerInnen zum respektvollen, friedlichen Umgang miteinander unterstreichen.

5. Interkulturelle Öffnung von Verwaltungen und Institutionen

Die Notwendigkeit einer interkulturellen Stadtpolitik wurde bereits im 1. Migrations- und Integrationskonzept der Stadt Rheine von 2003 ausführlich dargelegt (vgl. Kapitel 3.1). Schaut man aktuell auf die demographische Entwicklung (demographische Alterung und Geburtenrückgang), die ökonomische Entwicklung (zukünftiger Mangel an jungen, qualifizierten Arbeitskräften) und die Entwicklung demokratischer Leitmotive (z. B. Gleichheit und Partizipation) der Stadtgesellschaften, wird klar, dass die dort gemachten Feststellungen weiterhin Bestand haben.

5.1 Zur demographischen Entwicklung

¹⁶ vgl. Franz Kolck, Rheine im Wandel der Zeiten, 1962 (Reprint-Druck 1988), S. 137

Schätzungen zufolge leben in der Bundesrepublik

- ca. 7,3 Millionen Menschen ausländischer Staatsangehörigkeit
- ca. 1,5 Millionen Doppelstaatsangehörige
- ca. 2 Millionen Eingebürgerte
- ca. 4 Millionen Aussiedler
- 0,5 – 1 Million Illegale.

Es ist bundesweit also von ca. 15 - 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund (d. h. mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil) auszugehen.

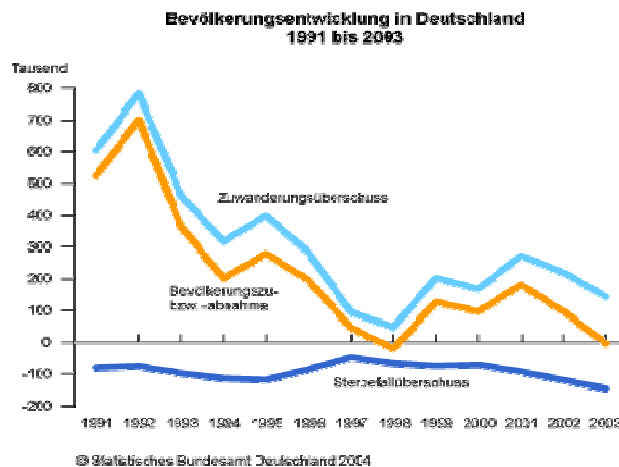
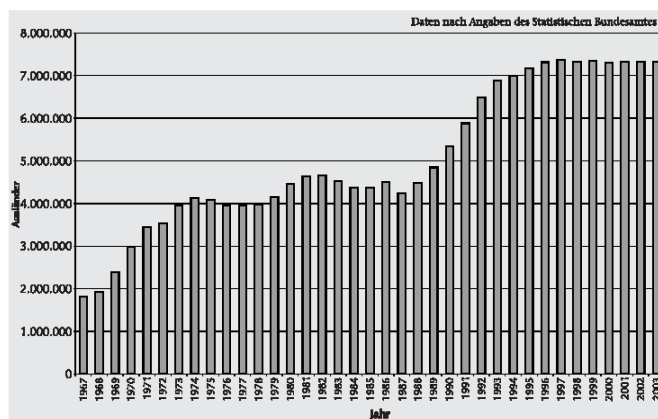


Abbildung 13: Ausländische Bevölkerung in Deutschland von 1967 bis 2003



Im Trend nehmen also die Gesamt- und die ursprünglich deutsche Bevölkerung ab, die zugewanderte nimmt beständig zu. Nach einer Prognose des Soziologen Strohmeier wird in den kreisfreien Städten der Anteil der jungen Erwachsenen, Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung nach 2010 die 50%-Marke erreichen und überschreiten. Migranten werden also in absehbarer Zeit die Mehrheit der Stadtbevölkerung

stellen (Strohmeier 2003). Der Zuwandereranteil in Rheine liegt derzeit weiterhin bei ca. 12 % und bewegt sich damit im Landesdurchschnitt ¹⁷.

Sollen solch große Bevölkerungsanteile nicht auf Dauer von den entscheidenden und gestaltenden Ebenen in Verwaltungen und Institutionen ausgeschlossen sein, ist es an der Zeit, die Weichen zu stellen, die ihnen eine Teilhabe und damit die notwendige Identifikation mit der städtischen Gesellschaft ermöglichen.

Diese Notwendigkeit wird in der Tat bereits von vielen Institutionen erkannt und unter Begriffen wie Diversity und Interkulturelle Öffnung diskutiert.

5.2 Die Veranstaltung des Netzwerks Migration im Jahre 2006 zum Thema „Interkulturelle Öffnung von Institutionen“

Im Frühsommer 2006 hielt die Pädagogikprofessorin Dr. Veronika Fischer von der Fachhochschule Düsseldorf auf Einladung des Netzwerks Migration einen viel beachteten Vortrag zum Thema „Interkulturelle Öffnung von Verwaltungen und Institutionen“.

Dr. Fischer geht – wie auch das Migrations- und Integrationskonzept der Stadt Rheine 2003 - davon aus, dass Migration ein konstitutives Merkmal der Stadtgesellschaft und kein Sonderfall ist. Entsprechend hoch sollten Migrations- und Integrationspolitik in der politischen Prioritätenliste angesiedelt sein; denn, so führt Dr. Fischer in ihrem Referat thesenhaft aus:

„Die Benachteiligung von Migranten in vielen Lebensbereichen der Gesellschaft ist ein (Kern)problem und Hemmnis für die kommunale Entwicklung. Statt es zu bagatellisieren, sollte eine moderne Migrations- und Integrationspolitik zu einer zentralen Aufgabe im Strukturwandel der kommunalen Dienste werden.“

Und weiter sagte sie:

- *„Die künftige Klientel in der Kommune zeichnet sich zunehmend durch kulturelle Vielfalt und Migrationshintergrund aus.*
- *Die kommunalen Dienste haben sich auf Migranten als ganz normale NutzerInnen kommunaler Einrichtungen einzustellen.*
- *Migranten sind zugleich bildungsökonomisch gesehen ein wichtiges Potenzial zu qualifizierender Arbeitskräfte.*
- *Migrationspolitik ist Stadtpolitik.“*

Die heutige Realität in den Städten allerdings, so Dr. Fischers, sieht wie folgt aus:

„Dort, wo die meisten Ausländer in den Städten leben, leben heute auch die meisten armen Leute und die meisten (armen) Kinder“ (vgl. Strohmeier 2003). Hier kumulieren die sozialen Probleme und erzwingen geradezu grundlegende Veränderungen.“

5.2.1 Zur Problemgenese

¹⁷ vgl. Anhang S. XX

Wie wenig Migranten heute noch an der Gesellschaft partizipieren verdeutlichen folgende Zahlen:

- Am Arbeitsmarkt: 52,7% der Migranten sind in Arbeiterberufen in krisenanfälligen, gesundheitsbelastenden Arbeitsbereichen mit niedrigem Einkommensniveau beschäftigt.
- Die Ausländerarbeitslosigkeit innerhalb der eigenen Gruppe liegt bei 20,5% (bei deutschen Arbeitslosen bei 11,7%).
- Die Ausländerarbeitslosigkeit im Vergleich zur deutschen Bevölkerung liegt bei 12,5% der 4,4 Mio. registrierten Arbeitslosen (bei einem Ausländeranteil von 9% an allen Erwerbspersonen).
- Die Ausländerbeschäftigtenquote im öffentlichen Dienst liegt nach Schätzung des Sachverständigenrats für Zuwanderung bei 3,6%.
- Der Anteil nicht-deutscher Auszubildender im öffentlichen Dienst liegt bei 2,6%.
- In der zugewanderten Bevölkerung sind allgemeine Bildungsrückstände zu konstatieren. 44% der Zuwanderer besuchen Hauptschulen (19% deutsche Kinder und Jugendliche) und nur 14% besuchen Gymnasien (32% deutsche SchülerInnen).
- Die Wohnqualität der Zuwanderer ist unterdurchschnittlich.
- Hemmschwellen bedingen eine äußerst geringe Inanspruchnahme der sozialen Dienste.

Bei einer Befragung unter Zuwanderern, welche Hemmschwellen für die Inanspruchnahme von sozialen Diensten angenommen werden können, kam es zu folgenden Antworten:

- Fehlende Informationen über das vorhandene Hilfesystem oder andere (institutionelle) Angebote,
- nicht vorhandene oder unzureichende Deutschkenntnisse,
- keine muttersprachlichen Ansprechpartner(innen),
- mangelndes Vertrauen in die Empathiefähigkeit der deutschen Mitarbeiter(innen),
- häufig gemachte Erfahrung, auf Unverständnis zu stoßen,
- Angst vor möglichen Sanktionen oder anderen negativen Konsequenzen bei der Inanspruchnahme der sozialen Dienste,
- Probleme mit der Bürokratie,
- Angst vor Ressentiments, Vorurteilen und Kolonialisierungsabsichten seitens des Personals der Einrichtungen,
- Skepsis gegenüber mittelschichtorientierten, sprachlastigen Beratungsansätzen,
- Erfahrung, von einer Einrichtung an die andere delegiert zu werden / Case Management wird als Zurückweisung erlebt,
- Misstrauen gegenüber eventueller Weitergabe aufenthalts- und arbeitsrechtlicher Daten an Behörden.

5.2.2 Definition „Interkulturelle Öffnung“

Vor dem Hintergrund dieser Befragung formuliert Dr. Fischer ihre 4. These, die sie zu den Zielen einer Interkulturellen Öffnung führt:

„Die Hemmschwellen zur Inanspruchnahme der kommunalen Dienste müssen sukzessive abgebaut werden, damit Migranten nicht auf Dauer von der kommunalen Infrastruktur abgehängt werden.“

Die durch Migration entstehenden Probleme sind u. a. strukturell bedingt und bedürfen somit strukturpolitischer Strategien. Sie sind nicht kurzfristig zu beheben. Zuwanderung bleibt ein Dauerthema und Integrationspolitik eine Daueraufgabe. Die Aufgaben sind komplex. Sie umfassen die verschiedensten Bereiche von der Erziehung bis zur Altenhilfe. Nicht punktuelle

Maßnahmen sind gefragt, sondern ein Gesamtkonzept. Ein Großteil der Integrationsleistungen wird von den Zuwanderern erwartet. Institutionen und Verwaltungen müssen aber mit einem migrationsbezogenen Leitbild antworten und Rahmenbedingungen schaffen, die die Hemmschwellen abbauen: Sie müssen sich auf eine interkulturelle Orientierung und Öffnung einlassen.

Der Begriff Interkulturelle Öffnung ist zwar allenthalben zu hören, wird meistens aber wenig eindeutig gebraucht. Dr. Fischer definiert Interkulturelle Öffnung so:

Definition „Interkulturelle Öffnung“

- *Interkulturelle Öffnung ist ein Prozess der Organisationsentwicklung,*
- *der die Zugangsbarrieren für Migranten beseitigt und ihnen das breite Spektrum aller öffentlichen Einrichtungen erschließt und*
- *der zu einer Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund entsprechend ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung führt.*
- *Interkulturelle Öffnung setzt interkulturelle Kompetenz voraus. Es bedarf Einzelner oder Gruppen, die als Pioniere den Impuls geben.*
- *Die Organisationsentwicklung erfolgt sowohl in top-down als auch in bottom-up Richtung. Sie erfasst die Organisation als Ganzes und basiert auf einem Gesamtkonzept, das bestimmten Qualitätsstandards entspricht.*
- *Letztlich soll dieser Prozess auch dazu beitragen, dass alle Dienste einer Organisation für jeden, unabhängig von seiner Herkunft, Religion, Weltanschauung, Lebensweise etc. offen stehen.*

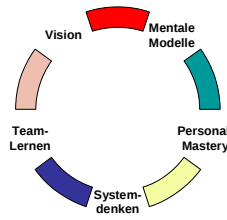
5.2.3 Schritte zur Einführung von Interkultureller Öffnung in Verwaltungen und Institutionen

Die kulturelle Vielfalt der Stadtgesellschaft bedarf zunächst einer grundsätzlich bejahenden Anerkennung durch die definitionsmächtigen Meinungsführer und Akteure (vgl. Migrations- und Integrationskonzept 2003, a.a.O.) und die Konzepte für ein friedvolles Miteinander müssen von ihnen ideell und finanziell gefördert werden („top-down-Richtung“). Die interkulturelle Orientierung muss im Leitbild einer Stadt mit entsprechenden Konzepten, Slogans (z. B. „Rheine – weltoffen, multikulturell“), wahrnehmbaren Symbolen (z. B. Platten auf der Dionysiusbrücke) und neu ausgebildeten migrationsbezogenen Traditionen (z. B. Integrationspreis, Kunterbuntfestival) verankert sein. Rheine hat vieles hiervon bereits umgesetzt.

5.2.3.1 „Lernende Organisationen“

Zur nachhaltigen Einführung interkultureller Konzepte in Institutionen empfiehlt Dr. Veronika Fischer, sich mit wissenschaftlichen Modellen wie z.B. dem der „Lernenden Organisation“ nach Peter M. Senge (2001) auseinander zu setzen, das von 5 Disziplinen ausgeht, die sich wechselseitig unterstützten. In einem Entwicklungsprozess werden die Fähigkeiten der Organisation schrittweise angehoben.

Modell der lernenden Organisation nach Peter M. Senge (2001)



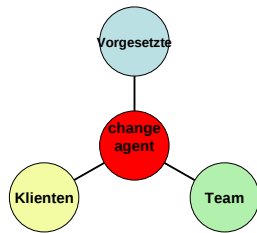
Die einzelnen Disziplinen der Lernenden Organisation sind *Mentale Modelle* (explizite und implizite Grundannahmen werden erfahrbar und diskutierbar gemacht), *Personal Mastery* (die Qualifikation der Teammitglieder wird angehoben), *Denken in Systemen* (ganzheitliche Betrachtung der typischen, vorhersagbaren Wirkmechanismen und Verhaltensmuster), *Teamlernen* (das in innerer Verbundenheit agierende Team ist mehr als die Zahl seiner Mitglieder) und *gemeinsame Visionen* (Ziele werden von allen gleich verstanden und verinnerlicht)(vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Lernende_Organisation)

5.2.3.2 „Change Management“

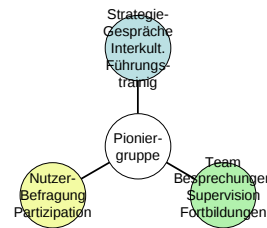
Die Veränderungen, die Interkulturelle Öffnung mit der Entwicklung eines interkulturellen Leitbildes, im Organisationsablauf, im Umgang mit den Kunden/Klienten usw. mit sich bringt, sind oft nur gegen erhebliche Widerstände der Beteiligten – Vorgesetzte, Team, Klienten – umzusetzen. Um diese Widerstände abzubauen empfiehlt es sich, ein koordinierendes Gremium („Pioniergruppe“, „Lenkungsgruppe“) einzusetzen und zum Vermittler für die Veränderungen („change agent“) zu machen. Neben der Koordination der Bedürfnisse der Beteiligten muss sie die Entwicklung lenken, begleiten, vor dem Einschlafen bewahren, neue Impulse geben usw. Nach Dr. Fischer sind im Zusammenhang mit Interkultureller Öffnung insbesondere folgende Aufgaben zu erledigen:

- Prioritätenliste über die Rangfolge der umzusetzenden Maßnahmen
- Konsensbildung über die Kostenkalkulation
- Empfehlung zur Umsetzung der Maßnahmen
- Jährlicher Umsetzungsbericht (Bewertung des Verlaufs u. der Perspektive der Maßnahmen)
- Kontrolle der Umsetzung der angestrebten Ziele (der kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Ziele)
- Überprüfung der Angemessenheit des Methodenrepertoires
- Führung von Nutzerstatistiken zur Entschlüsselung der Anteile, Zusammensetzung und proportionalen Veränderung der Gruppe der nichtdeutschen NutzerInnen
- Untersuchung zum Nachfrageverhalten der NutzerInnen
- Kontakte zu Migrantenorganisationen pflegen und herstellen
- Selbstevaluation der MitarbeiterInnen
- In größeren Abständen Fremdevaluation durch externe BeraterInnen
- Organisation und Durchführung von interkultureller Fortbildung der Teams,
- Hinweise auf interkulturelle Besonderheiten (z. B. Feiertage)

Change Management



Strategien des „change management“



Change Management bewegt sich im Spannungsfeld unterschiedlicher Erwartungen u. Voraussetzungen auf Seiten der einzelnen Beteiligten. Folgende Übersicht zählt einige davon auf.

<u>Klienten</u>	<u>Team</u>	<u>Vorgesetzte</u>
• Mangelnde Informationen • Sprachbarrieren • Schwellenangst • Überhöhte Erwartungen	• Ärger • Minderwertigkeitsgefühle • Überforderungssyndrom • Vorurteile • Berührungsangst • Fehlende interkulturelle Sensibilität • Gleichmacherei • Desinteresse	• Fehlende interkult. Kompetenz • Fehlendes Engagement • Desinteresse • Vorbehalte • Andere Prioritäten • Arbeitsüberlastung

In der Stadtverwaltung Rheine und in den meisten Institutionen der Stadt bestehen bereits Fachabteilungen für Migration und Integration, wie das aus über 20 Institutionen bestehende Netzwerk Migration zeigt.

5.2.3.3 Umsetzung von Interkultureller Öffnung in den Institutionen

Mit der Annahme des Migrations- und Integrationskonzepts 2003 haben sich Rat und Verwaltung der Stadt Rheine bereits früh und als eine der ersten Kommunen Deutschlands für die interkulturelle Ausrichtung der Stadt ausgesprochen. Rheine folgt seither geradlinig einem interkulturellen Leitbild: „*Rheine - multikulturell und weltoffen*“. Diversity wird als Standortvorteil gewertet und gepflegt. 17 fest angestellte MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung haben Migrationshintergrund, weitere Zugewanderte arbeiten als Honorarkräfte in der Erwachsenenbildung oder als Reinigungspersonal.

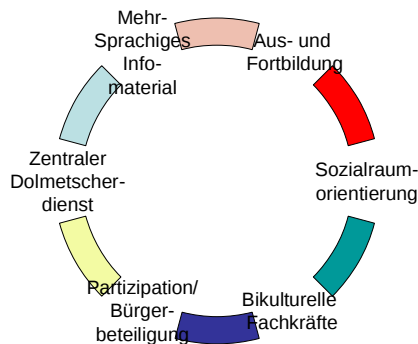
Die Teilnahme am bundesweiten Integrations-Wettbewerb (ausgelobt von Bundesinnenministerium und Bertelsmannstiftung) wurde von vielen Institutionen in der Stadt

getragen. Der Erfolg – Rheine schaffte es unter die ersten 15 Städte bundesweit – wird von Politik und Verwaltungsvorstand als positives Standortkriterium angeführt.

Mit ihrer Teilnahme am Netzwerk Migration signalisieren 20 Institutionen, auch für sich folgende Erfordernisse zu sehen:

- Schon bei der Zusammenstellung „ihrer Mannschaft“ müssen die Personalverantwortlichen auf Interkulturelle Öffnung achten. Auch Mitarbeiter mit Migrationshintergrund müssen nicht nur in allen Etagen und Karrierestufen willkommen sein, oft müssen sie regelrecht ermuntert werden, sich zu bewerben, da sie für sich selbst vielleicht noch gar nicht ein Arbeitsfeld in den jeweiligen Institutionen erkennen.
- Gleiches gilt auch bei der Rekrutierung und Einstellung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund.
- Der Ausbildungsstand aller Zuwanderergruppen ist hierzu gezielt zu fördern.
- Auslandserfahrungen, Kulturen- und Sprachenkenntnisse und interkulturelle Kompetenz sind wichtige Qualifikationskriterien, Fremdsprachenkenntnisse sind Einstellungsvoraussetzung (Nachqualifizierung der bestehenden Mitarbeiterschaft). Sie werden in der Institution erfasst und als Dolmetscherdienst verfügbar gemacht.
- Verwaltungsspitzen stellen die Multikulturalität ihrer Institution als Vorzug heraus. Hierfür werden entsprechende Beauftragte ernannt.
- Akte kultureller Diskriminierung werden entsprechend dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) kompromisslos geahndet.
- Die Belegschaft wird ständig fortgebildet und in interkultureller Kompetenz geschult und sensibilisiert.
- Einrichtungen und Riten aller Kulturen und Religionen werden geachtet und ihre Repräsentanten zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben eingeladen.
- Internationale Allianzen, Städtepartnerschaften usw. werden gepflegt.

Querschnittsthemen



Bei den Pflegediensten in Krankenhäusern und Altenheimen z. B. mag – oft aus der Not geboren – heute vieles hiervon schon umgesetzt sein; in den klassischen Verwaltungen, Banken usw. aber muss noch einiges an Umdenken geschehen. Immerhin geht es nicht allein um nachgeordnete Arbeit und Tätigkeiten, sondern alle Schichten der Arbeitshierarchie – also auch die Führungs- und Entscheidungsebenen – müssen sich für Migrant(inne)n öffnen. Interkulturelle Öffnung hat damit keine Alibifunktion, sondern ist Begegnung auf gleicher Augenhöhe!

Hier wird noch einmal deutlich, wie eng Interkulturelle Öffnung mit einer Bildungs- und Ausbildungsinitiative unter den Zuwanderern verbunden ist.

5.2.4 Interkulturelle Kompetenz

Interkulturelle Öffnung fordert in erster Linie von allen Beteiligten eine hohe Sensibilität im Umgang der unterschiedlicher Kulturen miteinander, die auch als interkulturelle Kompetenz beschrieben wird.

Interkulturelle Kompetenz, so Dr. Fischer in ihrem Vortrag vor dem Netzwerk Migration, ist gleichsam der Transmissionsriemen für die Interkulturelle Öffnung.

Definition „Interkulturelle Kompetenz“:

Interkulturelle Kompetenz ist eine soziale Kompetenz oder Beziehungskompetenz, die sich in Interaktion und Kommunikation zwischen dem hauptberuflichen Personal einer Einrichtung und TeilnehmerInnen mit Migrationshintergrund sowie in multikulturellen Gruppen und Teams realisiert. Sie umfasst eine Reihe von Teilkompetenzen, die sich auf einer Ich-, Wir-, Sach- und Organisationsebene weiter aufschlüsseln lassen. Sie weist kognitive, emotionale und handlungsbezogene Aspekte auf. Sie bezieht sich darüber hinaus auf einen Referenzrahmen in der jeweiligen Organisation in einer gegebenen historisch gesellschaftlichen Situation, die zugleich von globalen Prozessen bestimmt wird. Sie basiert auf einem Werteverständnis, in dem sich die Ziele für das Miteinander in der Gesellschaft widerspiegeln.

Das Handeln in interkultureller Kompetenz ist dominanzkritisch, kultursensibel, personenzentriert, dialog- und ressourcenorientiert und beruht zugleich auf der Wertebasis

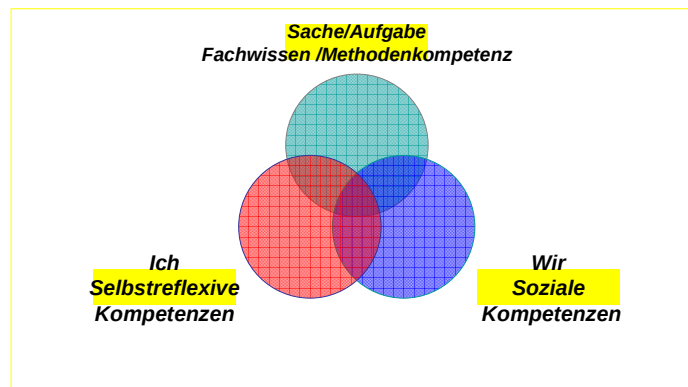
- Menschenrechte achten,
- Demokratische Grundregeln beachten,
- Gleichstellung einfordern,
- Partizipation ermöglichen,
- Schutz von Minderheiten,
- Soziale Gerechtigkeit,
- Ressourcenorientierung / Empowerment und
- Respekt gegenüber anderen Kulturen.

Interkulturelle Kompetenz als Schlüsselqualifikation dient der Bewältigung eines epochaltypischen Schlüsselproblems der Gegenwart – nämlich der durch Migration entstandenen Strukturen und Verwerfungen und bezieht sich nicht nur auf den Umgang mit Fremdheit in interkulturellen Überschneidungssituationen, sondern sensibilisiert auch für den Umgang mit Fremdheit, die aus anderen Kontexten resultiert (biographisch, milieuspezifisch, generationenspezifisch etc.). Sie ist angewiesen auf allgemeine personenzentrierte Haltungen wie Empathie, Authentizität, Akzeptanz, Ambiguitätstoleranz, Konfliktfähigkeit etc., die den Zugang zu Menschen anderer Herkunftskulturen erschließen helfen. Außerdem ist sie eine Querschnittsaufgabe und daher in allen Bereichen einer Organisation erforderlich.

Damit alle Mitglieder der Institution über interkulturelle Kompetenz verfügen, müssen sie Gelegenheit zur Weiterbildung bekommen, d. h. sie müssen z. B. in speziellen Seminaren etwas über fremde Kulturen und die am Ort ansässigen Religionen erfahren, (weitere) Fremdsprachen und kulturoffene Gesprächsführung lernen, sich bezüglich Missdeutungen und Missverständnisse im Umgang mit anderen Kulturen sensibilisieren.

Im Übrigen setzt interkulturelle Kompetenz auch ganz entschieden ein bewusstes Kennen der eigenen Kultur voraus. Nur am Maßstab der eigenen Kultur sind in vielen unterschiedlichen Situationen die möglichen Gefahren und Fallstricke zu erkennen!

Interkulturelle Kompetenz



5.3 Beispiele für die Umsetzung Interkultureller Öffnung in Rheine

Interkulturelle Öffnung zeigt sich konkret im „Dienst am Kunden“ und in multinationalen Teams z. B. in Institutionen wie

- Religionsgemeinschaften und Kirchen,
- Gesundheitseinrichtungen und Altenheime,
- Gerichte, Polizei und Ordnungsbehörden,
- Handel, Stadtmarketing, Banken,
- handwerkliche Betriebe, Ingenieurbüros, Fabriken,
- Stadtverwaltung, Stadtwerke, Arbeitsagentur,
- Beratungsstellen und Jugendeinrichtungen,
- Bildungsinstitutionen.

Folgende Maßnahmen sind vorstellbar und sollten in den verschiedenen Institutionen Rheines eingeführt werden:

- Wichtige Informationen (z. B. Führer durch die Institution, Erklärung der Aufgaben von publikumintensiven Abteilungen, Müllentsorgung, Tarife, Anmeldeformulare, Formulare in der Daseinsfürsorge und sonst. finanzieller Unterstützung, Warnhinweise usw.) werden in den wichtigsten in der Stadt gesprochenen Sprachen vorgehalten.
- Zusammenhänge und Amtspflichten (z.B. Verschwiegenheitspflicht) werden deutlich erklärt, da sie nicht in allen Ländern selbstverständlich sind. In besonderen Fällen werden Dolmetscher herangezogen (z. B. lebensbedrohliche Erkrankungen werden in der Muttersprache eröffnet!). Dazu werden Dolmetscherlisten vorgehalten.
- Behördendeutsch wird in gutes Alltagsdeutsch übersetzt.
- In Lebensmittel reichenden Institutionen, bei Empfängen usw. wird auf Kennzeichnung z. B. der Fleischsorten geachtet und es erfolgt eine getrennte Darreichung z. B. von alkoholhaltigen Getränken und ggfls. tabuisierten Lebensmitteln,

- Hohe Feiertage nicht-christlicher Religionen werden respektiert (Urlaub für Mitarbeiter, keine Termine für Klienten). Sie werden in geeigneter Weise in der Institution bekannt gemacht.
- Für Touristen weisen Schilder in Englisch und Niederländisch auf die Sehenswürdigkeiten Rheines hin. Bandansagen erfolgen ebenfalls mehrsprachig.
- Bildungsinstitutionen nehmen die Interessenlage der Zuwanderer in ihre Angebote/Curricula auf.
- Prozesse der Interkulturellen Öffnung gestalten sich oft schwierig und sollten professionell begleitet werden. Das Projekt Migration der Stadtverwaltung und die Caritas-Migrationsdienste haben sich als Prozessbegleiter (Integrationsagenturen) qualifiziert und können als Begleiter und Berater von den jeweiligen Institutionen und Verwaltungen angefragt werden.

5.1 Frauen und Mädchen mit Zuwanderungshintergrund

Wie schon im Integrations- und Migrationskonzept von 2003 beschrieben (Seite 20) haben Frauen und Mädchen auf Grund ihrer familiären Situation und des oftmals sehr traditionellen Rollenverständnis in der Familie größere Hemmschwellen um im öffentlichen Bereich Angebote wahrzunehmen oder sich einzubringen.

Der Arbeitskreis Mädchen- und Frauenarbeit hat sich mit dem Thema auseinandergesetzt. Im Arbeitskreis arbeiten Vertreterinnen folgender Institutionen und Einrichtungen seit Jahren effektiv zusammen:

Agentur für Arbeit, Caritas-Ausbildungsstätten, Caritas Jugendberatung, Caritas Migrationsdienst, Caritas Suchtvorbeugung, Dt. Kinderschutzbund, Dezentrale offene Kinder- und Jugendarbeit, Donum Vitae, Ev. Jugendhilfe, Jugendzentrum Jacobi, Drogenberatungsstelle, Familienbildungsstätte, HOT Mesum, Jugend- und Familiendienst, Lernen fördern, Outlaw, Weißer Ring, Wellenbrecher, Volkshochschule, Kreishandwerkerschaft, Stadt Rheine Jugendamt, Gleichstellungsbeauftragte, Stadt Rheine Projektgruppe Migration.

5.1.1 Sprache, Arbeit und Beruf

Die Führung des Haushalts und die Erziehung der Kinder hat für die meisten zugewanderten Frauen Priorität. Aus diesem Grund haben viele Frauen auch nach längeren Jahren Aufenthalt geringe Deutschkenntnisse. Nach der Familienphase bekommen sie wenig oder meist keine Förderung über die Agentur für Arbeit für einen Einstieg in den Arbeitsmarkt.

Frauen, die aus bestimmten Gebieten der Türkei, dem Kosovo oder ähnlich traditionell geprägten Herkunftsländern zugewandert sind, haben ein sehr niedriges Bildungsniveau. Viele der Frauen sind Analphabetinnen.

Von der Sprachoffensive, die nach der Verabschiedung des Integrations- und Migrationskonzept 2003 beschlossen wurde, haben zumeist diese Frauen profitiert. Es laufen zur Zeit 3 Alphabetisierungskurse und 4 Deutschkurse mit insgesamt über 80 Teilnehmerinnen. Die Kurse haben einen sehr großen Zulauf. Sie sind so konzipiert, dass Sie wohnortnah stattfinden und zweimal wöchentlich vormittags sind, wenn die Kinder den Kindergarten bzw. die Schule besuchen. Neben dem Erlernen des Schreibens und Lesens und der deutschen Sprache kommt diesen Kursen eine fast noch größere Bedeutung in Bezug auf die Emanzipation der Frauen zu. Es werden nachbarschaftliche Kontakte geknüpft, die Frauen tauschen sich über

Erziehungsfragen und Alltagsprobleme aus. Durch die in den Kursen gewonnene Selbstsicherheit bringen sich viele Teilnehmerinnen selbstbewußter ein, z.B. in die Elternarbeit der Institutionen, das Wohnumfeld.

Frauen, die im Herkunftsland berufstätig waren, haben oftmals die Schwierigkeit, dass Berufsabschlüsse bzw. Berufserfahrungen in Deutschland nicht anerkannt werden oder geringer eingestuft werden. Da eine Weiterbildung, eine Zusatzqualifikation oder eine Anerkennung für die im Herkunftsland erworbenen beruflichen Qualifikationen, oft aus eigener Tasche bezahlt werden müssen, arbeiten viele Frauen unter ihrem eigentlichen Potential. „Unsere Reinigungskräfte haben ein hohes akademisches Niveau.“ Gerade Frauen mit Aussiedlerhintergrund sind aus ihren Herkunftsländern eine verlässliche, kostenfreie Kinderbetreuung gewohnt.

Bei der Berufsvorbereitung und Berufsausbildung wird beobachtet, dass Frauen und Mädchen oft nur der Weg in einen „typisch“ weiblichen Beruf aufgezeigt wird. Sie kennen sich in der deutschen Sprache noch nicht so aus, um mit eine(r)m Berufsberater(in) über verschiedene Berufe zu diskutieren. Die Kreishandwerkerschaft und die Caritas Ausbildungsstätten bestätigen dies. Ein wesentlicher Punkt der Berufsvorbereitung muß das Kennenlernen der verschiedenen Berufe und ihrer Möglichkeiten sein. Dafür ist die deutsche Sprache wichtig. Die Frauen und Mädchen müssen auch ihre Ansprüche bzw. Rechte gegenüber den Institutionen besser kennen.

5.1.2 Soziale Arbeit

Mädchen mit Zuwanderungsgeschichte versuchen deutschen Mädchen nachzueifern. Ihre Vorstellung über das „Leben eines deutschen Mädchen“ entnehmen einige den Medien oder es entspringt ihrer Interpretation der Umwelt. Sie erleben im Alltag durch Einheimische oftmals eine Zurückweisung. So leben sie in 2 Welten, da sie sich dem traditionellen Rollenverständnis in der Familie anpassen müssen und auf der anderen Seite das „deutsche Mädchen“ leben.

Die Mädchenarbeit muss in den Jugendeinrichtungen früh beginnen. (ca. 8-jährige Mädchen). Da alle Mädchen die Schule besuchen, ist eine ganz enge Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den Einrichtungen der sozialen Arbeit wichtig. Mädchenarbeit muss in geschützten Räumen stattfinden. Ab einem bestimmten Alter dürfen Mädchen offene Jugendeinrichtungen nicht mehr besuchen, da die Eltern oder die Brüder es verbieten. Die Familie der Mädchen mit Zuwanderungshintergrund müssen über die Arbeit in der Jugendeinrichtungen informiert werden.

Frauen und Mädchen mit Zuwanderungshintergrund haben große Hemmschwellen sich an Einrichtungen oder Institutionen zu wenden, um Hilfe bei familiären Problemen zu bekommen. Auch niedrigschwellige Angebote werden kaum angenommen. Bei Gewalterfahrungen in der Familie oder einer Suchtproblematik sind Frauen und Mädchen meist die Leidtragenden. Wenn sie sich um Hilfe für ihre Situation bemühen, ist es meistens zu spät.

5.1.3 Mädchen oder Frauen im Schwangerschaftskonflikt

Die Mitarbeiterinnen berichten, dass Mädchen sich oft der Familienentscheidung beugen müssen, um nicht aus der Familie ausgestoßen zu werden. Frauen und Mädchen berichten oft, dass sie nicht die Möglichkeit haben eine passende Verhütung zu wählen. Hier sprechen sie von finanziellen Gründen oder vom kulturellen Hintergrund. Oftmals fehlt auch die entsprechende Aufklärung.

5.1.4 Maßnahmen

➤ Fortführung und Ausweitung der Sprachkurse für Frauen in den Stadtteilen

- mädchen- bzw. frauenspezifische Berufsberatung
- niedrigschwellige Mädchen- und Frauenarbeit in geschützten Räumen

5.2 Jugendliche mit Zuwanderungshintergrund

5.2.1 Situationsanalyse für die Stadt Rheine

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen bei den Zuwanderern liegt prozentual deutlich höher als in der einheimischen Bevölkerung. Dies betrifft sowohl die Teilgruppe der ausländischen und eingebürgerten Bevölkerung als auch die Teilgruppe der AussiedlerInnen. Ca. **XX** Prozent aller Bürgerinnen und Bürger im Alter zwischen 14 und 18 Jahren haben Zuwanderungshintergrund, d. h. sie selbst oder wenigstens ein Elternteil sind nicht in Deutschland geboren. Diese Zahlen weisen darauf hin, dass die Jugendarbeit mit zugewandeten Jugendlichen einen besonderen Stellenwert genießt.

Rheine hat **5** dezentrale offene Jugendtreffs und **2** kirchlichen Jugendheime. Vertreter dieser Einrichtungen, das Jugendamt, der Stadtjugendring und die Migrationsberatungsdienste des Caritasverbandes und der Stadt bilden die „AG 78“, die die Jugendarbeit in der Stadt konzeptionell steuert und koordiniert. Aus ihrer praktischen Erfahrung und auch im Austausch mit den Schulen und anderen Jugendhilfeeinrichtungen wurde der AG 78 deutlich, dass gerade die Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine besondere Aufmerksamkeit in der Jugendarbeit benötigen.

Die Jugendphase erleben alle Jugendlichen als eine Herausforderung auf ihrem Weg zum Erwachsen werden. Die eigene Identität muss herausgebildet, die berufliche Orientierung muss angegangen und die eigene gesellschaftliche Rolle muss gefunden werden.

Die Lebenssituation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist – je nach Herkunftsland – in unterschiedlichem Maße zusätzlich geprägt von Faktoren wie

- Aufwachsen in unterschiedlichen Kulturen, d.h. in verschiedenen Werte- und Normen- und Sprachsystemen, bedingt durch die familiären und sozialen Bezüge,
- Chancenungleichheit bei der schulischen und beruflichen Bildung (vgl. Schulstatistik)
- Fehlende Unterstützung durch das Elternhaus in Bezug auf Schulbildung, Finden eines Arbeitsplatzes, Inanspruchnahme von Fortbildungsmöglichkeiten etc., z. T. aufgrund fehlender Informationen,
- Erfahrungen mit Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit.

Die Angebotspalette der Jugendarbeit muss hier adäquate Strukturen entwickeln, um diesen Faktoren gerecht zu werden. Dabei muss der defizitäre Ansatz aufgegeben und vielmehr die

Vielfalt der Ressourcen und Potentiale der jugendlichen Migranten entwickelt, gestärkt und hervorgehoben werden.

Laut Schulstatistik besuchen Jugendliche mit Migrationshintergrund überproportional die Haupt- und Sonderschulen. Dazu merkt das Deutsche Jugendinstitut an:

„Diese „Klumpung“ zieht negative Leistungseffekte und nicht-integrative Nebenwirkungen nach sich.“ (DJI Bulletin 76 3/2006, S. 6)

5.2.2 Die Situation jugendlicher Zuwanderer in der offenen Jugendarbeit, Vereinen und Gruppen

Eine Umfrage unter den Einrichtungen der offenen Jugendarbeit brachte folgende Erkenntnisse (**vergleiche Anhang**):

Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in einigen Einrichtungen sehr stark vertreten, so haben z.B. im Jugendzentrum Jakobi und im Jugendzentrum St. Elisabeth/ St. Michael über 80% der Besucher eine Zuwanderungsgeschichte.

Offene Angebote werden gut angenommen, für langfristige und verpflichtende Aktivitäten sind Jugendliche mit Migrationshintergrund schwer zu motivieren. Die MitarbeiterInnen weisen darauf hin, dass es nach wie vor in den einzelnen Stadtteilen informelle Treffpunkte unter den Jugendlichen bestimmter Kulturkreise gibt.

In einigen Einrichtungen gibt es deutliche Abgrenzungen zwischen den einzelnen Kulturen. Gemeinsame Aktivitäten sind oft schwierig durchzuführen. Die MitarbeiterInnen berichten, dass deutlich weniger Mädchen als Jungen kommen und Mädchenarbeit eines besonders geschützten Rahmens bedarf.

Für die Zielgruppe der jugendlichen Aussiedler sind in den letzten Jahren im offenen Jugendtreff RADUGA und im Rahmen des Bundesprojektes verschiedene Maßnahmen zur Stärkung der Identität des Selbstwertgefühls, der sozialen Kompetenzen und der Integrationsfähigkeit durchgeführt worden. Der offene Jugendtreff RADUGA ist ein Kooperationsprojekt des Caritasverbandes und der Stadt Rheine.

Den Sportvereinen kommt eine wichtige Rolle bei der Integration jugendlicher Zuwanderer zu, deren Zahl vor allem in den Bereichen Fußball und Kraftsport beständig zunimmt. Die Zuwandererjugendlichen bringen dort auch gute Leistungen. Gerade für Neuzuwanderer und Flüchtlinge sind die Mitgliedsbeiträge wegen der geringen Sozialhilfe und anderer Verpflichtungen aber kaum aufzubringen. Hier sollten die Vereine auch im eigenen Interesse Sonderkonditionen anbieten.

In den einheimischen Vereinen und Gruppen sind Jugendliche mit Zuwanderungshintergrund oft unterrepräsentiert. In den Zuwanderer-Selbstorganisationen werden aber vielfältige Aktivitäten mit und für Kinder und Jugendliche angeboten. Das Centro S. Antonio ist allerdings mit den

verschiedenen Angeboten so ausgelastet, dass weitere Jugendmaßnahmen dort nur in begrenztem Umfang möglich sind.

MitarbeiterInnen der Stadtteilbüros der Projektgruppe Migration der Stadt Rheine und der Migrationsdienste des Caritasverbandes machen häufig die Erfahrung, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders auf Vereinsangebote, Freizeit- und Bildungsaktivitäten usw. angesprochen und informiert werden müssen, da sich ihnen Printmedien und ähnliche Informationswege kaum erschließen.

Junge MigrantInnen müssen auch für die politische Partizipation gewonnen werden, um zu gewährleisten, dass diese Zielgruppe in der Politik und im öffentlichen Leben ausgewogen repräsentiert ist. **Leider ist es den Parteien und dem Integrationsrat bisher nicht gelungen, junge Migranten für eine Mitarbeit zu gewinnen. In der Gruppe, die als Ziel die politische Mitarbeit der Jugendlichen hat, sind immerhin XX% Zuwandererjugendliche vertreten.**

Der Stadtjugendring sollte ebenfalls die Migranten umfassender in seine Organisationsstruktur integrieren. Erste Ansätze deuten sich hier auch an: Die MitarbeiterInnen des Jugendamtes der Stadt Rheine haben in Kooperation mit einheimischen Jugendlichen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Projektgruppe „Bleiberecht“ gegründet, welche sich in regelmäßigen Abständen trifft und den Jugendlichen den Rahmen und die Möglichkeit bietet, sich über das Thema zu informieren und sich damit auseinander zu setzen.

5.2.3 Fördermaßnahmen / Vorschläge

- „Förderangebote müssen früher ansetzen, um ungleiche familiäre und soziale Startbedingungen von Anfang an auszugleichen. Dabei sind die Familien direkt mit einzubeziehen.“ (DJI Bulletin 76 3/2006, S. 6)
- Die Angebote der interkulturellen Jugendarbeit sollen den Rahmen für umfassende Förderung von jungen Migrantinnen und Migranten schaffen, der es erlaubt, ihnen sowohl jugendgemäße Räume anzubieten als auch ihre soziokulturellen Eigenheiten bei der Entwicklung ihrer Fähigkeiten zu entfalten.“ (Kommunale Gesamtkonzepte zur Integration von ausländischen Kindern und Jugendlichen, DJI – Arbeitspapier Nr. 1-149, S. 10)
- Förderung der deutschen Sprache und weitere Integrationshilfen nach dem Konzept des BaMF für einen bundesweiten Jugendintegrationskurs (s. www.bamf.de „Blickpunkt Integration“, Ausgabe 01/07, S.4)
- Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte in der offenen Jugendarbeit in Bezug auf interkulturelle Pädagogik.
- Innerhalb der AG 78 wird das Thema "Integration von jugendlichen Migranten in der offenen Jugendarbeit" intensiv beraten und weitere Schritte zur besseren Versorgung eingeleitet.
- Die Jugendmigrationsdienste (Projekte des BaMF mit Zuständigkeit für den Kreis Steinfurt) sollten in die örtliche Arbeit mit einbezogen werden.
- Nach Abriss des Gebäudes in dem sich der offene Jugendtreff RADUGA befindet: Fortführung der offenen Jugendarbeit für jugendliche AussiedlerInnen und für die bestehende Gruppenarbeit z.B. MaMut's, Musikgruppe, Sportgruppen.

- Gezielte Ansprache von jugendlichen Migranten durch ortsansässige Jugendverbände und Kultur- und Sportvereine (siehe Konzept 2003, S. 37).
- Initiierung interkultureller Jugendprojekte

5.3 Migranten in der Arbeitswelt

Der Arbeitsmarkt der Bundesrepublik zeigt seit vielen Jahren hohe Arbeitslosenzahlen. Auch wenn der Kreis Steinfurt mit knapp über 6 % Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen die geringste Quote aufweist, bedeutet das doch immerhin die große Zahl von 3098 Menschen allein in der Stadt Rheine¹⁸

Zahlenspiegel

Am 01.01.2004 wurde die früheren Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Arbeitslosengeld II für Erwerbsfähige bzw. Grundsicherung für Nicht-Erwerbsfähige umgestellt. Die Stadt Rheine zählt zu den „Optionsgemeinden“, d. h. die „Langzeitarbeitslosen“ werden von ihr im Rahmen des Sozialgesetzbuches II (SGB II) betreut. Die neue Gesetzgebung hatte für viele Langzeitarbeitslose negativen Auswirkungen, besonders hinsichtlich Leistungshöhe und Wohnungsversorgung. Die erwartete bessere Vermittlung in den Arbeitsmarkt erfüllte sich mangels Arbeitsangebote kaum.

2052 Menschen bezogen im Herbst 2006 in der Stadt Rheine Arbeitslosengeld II.¹⁹

Immer noch ist es so, dass Migranten besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind (vgl. Migrationskonzept 2003, S. 33).

Die Zahlen der Abteilung SGB II der Stadt Rheine und der Arbeitsagentur können dies belegen:

Bei der Arbeitsagentur Rheine waren Ende 2006 7,3 % der Bezieher von Arbeitslosengeld I Ausländer, das waren 405 Personen. Der Anteil von Eingebürgerten und Spätaussiedlern wird in den Statistiken nicht genannt.²⁰

Im Bereich des Arbeitslosengeldes II bezogen im Jahr 2005 (Dezember) **815 Zuwanderer** Leistungen und wurden vom „Team Migration“ betreut. Dieses betreut Arbeitslose mit offensichtlichen migrationsbedingten Vermittlungshemmnissen.

Ab dem Jahre 2006 wurde die Statistik dort durch ein neues Berechnungsprogramm gepflegt und so konnten folgende Daten ermittelt werden:

Für das gesamte Jahr 2006 wurden **978 Zuwanderer** im Bezug von Arbeitslosengeld II gezählt (nur Personen über 18 Jahre).

Davon fielen **406 Personen** unter der Rubrik „aktuelle **Staatsangehörigkeit ist nicht deutsch**“ und **468 Personen** unter „aktuelle Staatsangehörigkeit ist deutsch, war aber laut Kundenhistorie früher **nicht deutsch**“. Zusammen sind das also **874 Ausländer bzw. Eingebürgerte**.

¹⁸ Pressebericht der Agentur für Arbeit November 2006, S 10

¹⁹ a.a.O.

²⁰ a. a. O. S. 3

92 Personen von den 978 wurden registriert als „aktuell liegt **Spätaussiedlereigenschaft** vor“, **12 weitere Personen** mit dem Vermerk „aktuell liegt **Spätaussiedlereigenschaft** nicht vor, war aber laut Kundenhistorie früher vorhanden“ Es waren also insgesamt 104 mit „Spätaussiedlerhintergrund“.

Einstellungshemmnisse

Festzuhalten ist, dass der Zugang von ausländischen Jugendlichen zum Ausbildungsmarkt sich bundesweit eher verschlechtert hat. „Die Ausbildungsquote von Jugendlichen mit ausländischem Pass ist in den letzten Jahren weiter gefallen. Ca. 40 % der Jugendlichen haben keinen Ausbildungsplatz, ca. 32 % haben keinen Berufsabschluss. Schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt und eine höhere Arbeitslosigkeit sind die Folgen“ stellte Prof. Dr. U. Boos-Nünning in ihrem Referat anlässlich einer Veranstaltung zur demografischen Entwicklung Rheines 2005 fest. Und sie wies auch auf den Zusammenhang mit schlechteren Schulabschlüssen bei Zuwandererjugendlichen hin. Ca. 21 % verlassen auch in Rheine die Schule ohne Abschluss.

Ausländischen Arbeitslosen und Ausbildungsplatz Suchenden fehlen oft im Gegensatz zu deutschen Betroffenen der sicher Umgang mit der Deutschen Sprache in Wort und Schrift, sie kennen sich weniger in Berufs- und Fördermöglichkeiten aus, sie haben keine, schlechtere oder unkompatible Schul- oder Studienabschlüsse, sie zeigen ein unsicheres Auftreten (unsicheres Selbstbild), ihnen fehlen „Arbeitstugenden“ oder sie werden aufgrund von Vorurteilen nicht eingestellt.

Flüchtlinge unterlagen bis 2007 einem faktischen Arbeitsverbot. Eine erhoffte Verbesserung durch das neue Zuwanderungsgesetz von Januar 2005 blieb aus. Auch die am 17.11.2006 von der Innenministerkonferenz erlassene und mit vielen Auflagen versehene Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge (Stichtagsregelung) brachte keine große Entlastung. Als Haupthindernisse erweisen sich die Unmöglichkeit der Beschaffung von Pässen aus den Herkunftsländern bzw. Verurteilungen.

Von ca. 400 geduldeten Flüchtlingen in Rheine haben ca. 200 Personen, die die Zeit der Aufenthaltsdauer erfüllen einen Antrag gestellt und bisher 25 Personen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten (Ende März 2007).

Ende März 2007 einigte sich die Regierungskoalition in Berlin auf einen neuen Gesetzentwurf zum Bleiberecht. In diesem werden weitgehend die Kriterien der IMK übernommen. Neu ist, dass sich der Stichtag für die Aufenthaltsdauer auf den 1.7.2007 verschiebt. Personen, die alle anderen Kriterien erfüllen, erhalten eine Aufenthaltserlaubnis mit einhergehender Arbeitserlaubnis bis Ende 2009 und somit einen gleichberechtigten Arbeitsmarktzugang. Damit steigen die Chancen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen zu können für diesen Personenkreis erheblich. Wie groß die Zahl der Begünstigten letztendlich sein wird, ist schwer abzuschätzen,

Fördermöglichkeiten

Eine besondere berufliche Förderung haben jugendlichen Aussiedler(innen) in den Jahren 2003 und 2004 im Rahmen der Projekte „Integration jugendlicher Aussiedler(innen)“ nach Artikel 11 des Sofortprogramms der Bundesregierung „Soziale Betreuung zur Hinführung an Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen“ und später nach § 241 SGB III "Aktivierungshilfen für benachteiligte Jugendliche" im Trägerverbund der Stadt Rheine und der Caritas und finanziert durch die Arbeitsagentur. Durch organisierte und niedrigschwellige Angebote wurden arbeitslose Jugendliche in einen festen beruflichen Orientierungsrahmen eingebunden. Auch besteht eine gute Zusammenarbeit zwischen den Beratungsinstitutionen und dem „Team Migranten“ beim SGB II.

Eine, wenn auch überwiegend auf Aussiedler und Kontingentflüchtlinge eingeschränkte Möglichkeit der Nachqualifizierung von Akademiker/innen besteht durch die Angebote der Otto-Benecke-Stiftung.

Auch die Caritas-Ausbildungsstätten, das städtische Berufskolleg, Lernen fördern, die Kreishandwerkerschaft, der Jugend und Familiendienst, die VHS und anderer Institutionen bemühen sich in Projekten und Maßnahmen um Förderung.

In der Stadt Rheine gibt es also eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Berufschancen von Zuwanderern. Träger sind unterschiedliche Institutionen und Einrichtungen, aber es existiert keine Vernetzung und kein Austausch über die laufenden Fördermaßnahmen, Lern- und Qualifizierungsangebote zwischen den verschiedenen Anbietern.

Ausländische Arbeitgeber

Es ist aber auch eine positive Entwicklung zu bemerken. Immer mehr Zugewanderte entscheiden sich für eine weiterführende Schule und ein anschließendes Studium. Sie gründen in Rheine Betriebe und Dienstleistungsunternehmen, nicht nur im Bereich Gastronomie, sondern auch, im Bereich alternativer Energie, Groß- und Einzelhandel, Ingenieurbüros, Arztpraxen usw. Leider sind hier keine Zahlen verfügbar, weil die meisten dieser Zuwanderer nicht mehr Ausländer, sondern bereits eingebürgerte Deutsche sind.

Das Ausbildungspotential der ausländischen Arbeitgeber(innen) in Rheine ist leider in den letzten Jahren kaum in Anspruch genommen worden, obwohl dies eine Zielsetzung des Konzeptes von 2003 war (siehe S. 34).

Um die „bürokratischen Anforderungen“ zu überwinden, fehlt weiterhin eine Vermittlungsstelle. Im April 2007 hat die SPD-Fraktion in Rheine, die Einberufung einer Arbeitsgruppe zur Organisation eines „Jobstarter-Projekts“ beantragt und angeregt, dass seitens der Stadt EU-Mittel für dieses Projekt beantragt werden.

Im Internet wird derzeit ein solches Projekt mit Namen „ABba“ (Ausländische Betriebe bilden aus) für die Wirtschaftsregion Stuttgart in gemeinsamer Trägerschaft von dortiger Caritas und IHK, gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (inklusive EU-Fördermitteln), publiziert.

Eine „AG-Arbeit“ ist noch im Rahmen des Netzwerks Migration zu gründen. Als Vorarbeit wurden bereits von der Wirtschaftsförderung verschiedene Gespräche geführt. Die Schwierigkeit liegt im Moment im Erstellen einer Liste entsprechenden Unternehmen. Da es sich bei den Firmeninhabern in der Regel um Eingebürgerte handelt, sind sie in keinem Register erfasst.

Das Forum Migration wurde in einem Anschreiben gebeten, aus ihren Reihen Kandidaten für eine Teilnahme zu benennen.

"Diversity" - Vielfalt in der Wirtschaft und Ausländische Arbeitgeber

Die Vielfalt innerhalb unserer Gesellschaft nimmt ständig zu und mit ihr die Vielfältigkeit von Arbeits- und Absatzmärkten. Unternehmen, Non-Profit-Organisationen und Politik sind hiervon gleichermaßen betroffen. Immer mehr Arbeitgeber reagieren auf die wachsende Differenzierung und Individualisierung mit einer bewussten Kultur- und Systemänderung im Rahmen von "Diversity" (Vielfalt). Gewöhnlich werden sechs Kerndimensionen von Vielfalt fokussiert: Alter, Geschlecht, Behinderung, ethnisch-kulturelle Prägung, religion/Weltanschauung und sexuelle Orientierung. Der Ansatz nutzt Unterschiede gezielt zur Steigerung des Erfolgs. Auch Unternehmen und Verbände im Sozialwesen können sich nicht mehr leisten, Potenziale der Belegschaft, aber auch der Kunden (Klienten, Nutzer) nicht zu nutzen. Eine interkulturelle Umorientierung ist unausweichlich (siehe die Neue Caritas vom 11/2006 über das Thema Management, Menschliche Vielfalt birgt Chancen).

Die Wirtschaftsförderung der Stadt Rheine kann zusammen mit allen interkulturellen Kräften der Stadt Rheine ein Umdenken einleiten und fördern, zum Wohl aller Bürger dieser Stadt. Viele wirtschaftliche Potenziale liegen immer noch ungenutzt vor. Es besteht ein potentielles weltweites Netz von Kontakten zu den Herkunftsländern der Migranten, die im Zuge der Globalisierung von Rheine in Anspruch genommen werden könnten. Die bestehenden Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften schaffen Beziehungen, die ebenfalls ökonomische Reflexe haben können, gerade im touristischen und gastronomischen Bereich. Die wirtschaftlichen Leistungen und Ressourcen sollten noch mehr erkannt und geschätzt werden. Vor allem innovative Kooperationsprojekte von einheimischen und ausländischen Unternehmen sollten im Rahmen eines "Diversity-Jahrespreis" von der Stadt Rheine Anerkennung bekommen.

Auswertung der geplanten Maßnahmen und Fazit

- im sprachlichen Bereich sind insgesamt gute Erfolge erzielt
- die meisten geplanten Maßnahmen sind leider nicht systematisch verfolgt worden.

Allgemeine und spezifische Maßnahmenideen

- Altersspezifische und situationsbedingte Projekte entwickeln, die zur Berufsorientierung für Migranten dienen sollen.
- Die Förderinstrumente des SGB II und III sind für Langzeitarbeitslose verstärkt zu nutzen. Die Forderung nach „Eigeninitiative“ macht nur Sinn mit der notwendigen Förderung der Betroffenen.
- Eine längerfristige dauerhafte Subventionierung von Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose (Im Sinne eines dauerhaft geförderten 2. bzw. 3.Arbeitsmarktes) ist notwendig.

Bleiberecht und Arbeit

- Informationsoffensive an potentielle Arbeitgeber (Presse, Flugblätter etc.)
- Infos an Migrantenvereine (Forum Migration) evtl. in den Muttersprachen zur Weitergabe an ihre Mitglieder
- Resolutionen und Appelle an die politisch Verantwortlichen um die Kriterien für die Zukunft zu erleichtern, so dass mehr Flüchtlinge davon profitieren

Jugend und Ausbildungs- und Arbeitsmarkt

- Deutschkenntnisse sind eine wesentliche Voraussetzung für die schulische und berufliche Qualifikation, die Eingliederung in den Arbeitsmarkt und die Teilhabe an der Gesellschaft. Da die sprachlichen Kenntnissen vor allem auch bei jugendlichen Aussiedlern, die in den letzten Jahren eingereist sind (binationale Familien), sehr schlecht sind, ist eine enge Kooperation der Sprachkursträgern erforderlich, da die zurzeit durchgeführten 6-monatigen Integrationskurse unzureichend sind. Gerade Deutschkurse mit berufsspezifischem Bezug sind hier gefragt.

In Zukunft sollten u.a. im Rahmen von Projekten folgende Ziele stärker verfolgt werden:

- Vermittlung der jungen Migranten in die bestehenden Sprachkurseangebote
- Die Angebote zur Sprachförderung in den Schulen müssen ausgeweitet werden
- Im Rahmen einer Schulsozialarbeit sollten die jungen Migranten Begleitung und Unterstützung bekommen
- Die jungen Migranten beherrschen in der Regel die Muttersprache. Es gilt, diese "muttersprachliche" Kompetenz als Qualifikationsplus zu erkennen und gegebenenfalls zu nutzen, und damit gleichzeitig das Selbstbewusstsein junger Migranten zu stärken.
- Die Wirtschaftsförderung der Stadt Rheine soll ausländische Arbeitgeber vor Ort aufsuchen, ins Gespräch kommen und sie motivieren, Praktikums- und Ausbildungsplätze in ihren Betrieben zu schaffen.
- Innovative Kooperationsprojekte von einheimischen und ausländischen Unternehmen sollten den "Jahrespreis für wirtschaftliche Vielfalt" von der Stadt Rheine bekommen.
- Das Netzwerk Migration, Arbeitsgruppe "Arbeit und Beruf" soll jährlich zu einem Treffen einladen, um die verschiedenen Maßnahmen abzustimmen und zu koordinieren.

5.4 Extremismus, Drogen, Sucht und Kriminalität

In der Öffentlichkeit entsteht häufig der Eindruck, dass MigrantInnen besonders häufig an Straftaten beteiligt sind.

Nichtdeutsche Tatverdächtige traten laut Bericht der Kreispolizeibehörde²¹ in den Jahren 2003 bis 2006 überproportional bei folgenden Delikten in Erscheinung (in Klammern ihr Prozentanteil an den insgesamt ermittelten Tatverdächtigen in den einzelnen Deliktbereichen):

Tatverdächtige Delikte	2003	2004	2005	2006
Roheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit	476 TV (= 20,33 %)	559 TV (= 21,9 %)	520 TV (= 20,4 %)	580 TV (= 21,2 %)
Schwerer Diebstahl (Einbruchdiebstähle usw.)	181 TV (= 24,69 %)	194 TV (= 25,5 %)	167 TV (= 22,8 %)	178 TV (= 26,5 %)
Gewaltkriminalität	220 TV (= 25,91 %)	263 TV (= 27,1 %)	230 TV (= 23,3 %)	244 TV (= 24,5 %)

Auch Drogenhandel wird oft mit MigrantInnen in Verbindung gebracht. Er schlägt sich aber in den Statistiken für den Kreis Steinfurt nicht als migrantenspezifisches Delikt nieder.

Besagte Statistiken zeigen im Bereich nichtdeutscher Tatverdächtiger folgende Entwicklung:

²¹ Kreispolizeibehörde Steinfurt, Jahresberichte 2003 - 2005

	Anteil nichtdeutsche Tatverdächtiger
Bericht 2003	18,89 %
Bericht 2004	18,95 %
Bericht 2005	18,95 %
Bericht 2006	19,1 %

Die Beteiligung von Nichtdeutschen an Straftaten ist also über die Jahre prozentual gleich geblieben.

In den Jahren 2003 bis 2005 betrug der Anteil der nichtdeutschen Einwohner an der Gesamtbevölkerung im Kreis Steinfurt 5,72 %. Damit scheint sich der Verdacht, dass Ausländer häufiger an Straftaten beteiligt sind als Deutsche zu erhärten, zumal Spätaussiedler, denen ja ebenfalls eine erhöhte Kriminalität nachgesagt wird, in dieser Statistik noch gar nicht erfasst wurden, weil sie ja Deutsche sind. Aussiedler betreffend stehen nur noch für das Jahr 2004 statistische Zahlen zur Verfügung. Damals wurden insgesamt 565 Spätaussiedler (116 weibliche und 449 männliche) als Tatverdächtige erfasst.²²

Inwieweit noch andere eingebürgerte ehemalige Ausländer erfasst wurden, geht aus den Kriminalitätsstatistiken nicht hervor.

Bereits im Migrations- und Integrationskonzept der Stadt Rheine von 2003 wurde aber darauf hingewiesen, dass Kriminalität weit wesentlicher als durch die ethnische Herkunft durch soziale Faktoren wie Zugehörigkeit zu einer jugendlichen Altersgruppe, Eingebundenheit in familiäre und gesellschaftliche Zusammenhänge, Bildungstand, Arbeits- und Wohnverhältnisse, soziales Prestige usw. determiniert wird. Hier kann angenommen werden, dass Zuwanderer größtenteils in den benachteiligten Personengruppen zu finden sind. Auch können bei der verhältnismäßig geringeren Zahl der Zuwanderer einzelne IntensivtäterInnen – und solche sind der Polizei durchaus bekannt – die Relationen zu Ungunsten der Zugewanderten verfälschen. Außerdem findet die Frage der Aufenthaltsdauer keine Beachtung und Tatverdächtige erweisen sich nicht immer auch als die wirklichen Täter. Die Statistiken sind also mit größter Vorsicht auszuwerten.

Immerhin sind folgende begünstigende Faktoren für Kriminalität wissenschaftlich erwiesen:

- Mangelnde Sprachkenntnisse
- Fehlende schulische und berufliche Perspektiven
- geringe soziale Einbindung und hohe Anonymität
- schlechte Wohnbedingungen und Einkommensverhältnisse
- unsicherer Rechtsstatus
- divergierendes Rechtsverständnis
- geringes Vertrauen in die deutschen Behörden

In der Stadt Rheine befasst sich der Kriminalpräventive Rat (KPR) in seiner Arbeitsgruppe „Migranten als Opfer und Täter“ mit den Themen Extremismus, Drogen, Kriminalität und Gewalt. Auch der vorliegende Teil der Fortschreibung des Migrations- und Integrationskonzeptes wurde

²² a. a. O. Jahresbericht 2004

in dieser Arbeitsgruppe, die aus Migrationsfachleuten sowie Vertretern der Ordnungsbehörden, Jugendeinrichtungen und Hilfeeinrichtungen für Betroffene/Täter besteht, reflektiert und bearbeitet.

5.4.1 Drogen/Sucht

Unter MigrantInnen in Rheine ist Drogenkonsum und Sucht unbestreitbar ein großes Problem. Nach Angaben der Drogenberatung e.V. und der Suchtberatung des Caritasverbandes weist gerade die Gruppe der AussiedlerInnen eine überproportionale Betroffenheit auf. Sie ist aber in den letzten Jahren konstant geblieben. Wurden im Migrationskonzept 2003 noch **XX** Aussiedler in der Betreuung der Drogenberatung gezählt, so sind es heute noch **XX** in Drogenberatung und Suchtberatung zusammen. Der Konsum von illegalen und auch legalen Drogen geht oft mit Beschaffungskriminalität und Gewaltdelikten einher. Eine Bekämpfung liegt daher im Interesse der Kriminalprävention.

Auf Anregung des Migrations- und Integrationskonzeptes 2003 wurden spezielle Beratungen für MigrantInnen bei der Suchtberatung des Caritasverbandes und der Polizei eingerichtet.

Darüber hinaus wurden auch in Zusammenarbeit zwischen Projektgruppe Migration, Drogenberatungsstelle und Caritas-Migrationsdiensten Wochenendseminare für Aussiedlerjugendliche mit dem Ziel Schwellenängste abzubauen, entwickelt und durchgeführt. Mittels erlebnispädagogischer Maßnahmen wurden den Aussiedlerjugendlichen Informationen zu Drogenkonsum und Suchtverhalten vermittelt und die Sozialkompetenzen des Einzelnen gefördert.

Aus den Teilnehmenden an diesen Maßnahmen ging die Gruppe „MaMut – Migranten als Multiplikatoren“ hervor. Junge AussiedlerInnen ließen sich für die Suchtprävention ausbilden, um bei entsprechenden Gelegenheiten (Kulturfesten, Familientag NRW, Sportveranstaltungen usw.) und im Alltag auf „Peers“, ihren Freundes- und Familienkreis Einfluss zu nehmen. Ihr „Markenzeichen“ wurde ein bunter Stand an dem sie alkoholfreie Cocktails anbieten.

Die Drogenberatungsstelle der Stadt Rheine bietet das Jugendprojekt „FRED – Frühintervention für erstauffällige Delinquenten“ an, das jugendlichen Straftätern vom Gericht als Alternative zu Sozialstunden oder Geldstrafen in Aussicht gestellt werden kann.

Die ambulante Suchtkrankenhilfe des Caritasverbandes Rheine entwickelte eine „Info-Runde“ als niedrigschwelliges Hilfeangebot für suchtkranke Zuwanderer. In der Info-Runde unterstützen sich die Teilnehmer gegenseitig, so dass temporär immer wieder die Atmosphäre einer Selbsthilfegruppe entsteht. Des Weiteren hat sie in Kooperation mit dem Kreuzbund ein dreisprachiges Infoblatt (Russisch, Englisch, Deutsch) zur Unterstützung von Suchtkranken und ihrer sozialen Umgebung herausgegeben.

5.4.2 Extremismus, Kriminalität und Gewalt

Jugendgerichtshilfe, Bewährungshilfe und andere Einrichtungen begleiten jährlich durchschnittlich **XX** verurteilte Straftäter mit Migrationshintergrund. Ihre Anzahl ist damit

doch so groß, dass sich z. B. spezielle Wochenendmaßnahmen für bestimmte Herkunftsgruppen lohnen.

Aufkommende Verdachtsmomente auf extremistische islamistische Vorgänge in Rheine bestätigten sich allerdings in keinem Fall. Beide Moscheen Rheines wandten sich offen und eindeutig gegen religiös verbrämten Terrorismus und riefen ihre Gläubigen zu Brüderlichkeit und Freundschaft mit allen Bürgern der Stadt auf. Ohne die notwendige Aufmerksamkeit und Vorsicht außer Acht zu lassen muss hier vor Pauschalverdächtigungen und Terror-Hysterie gewarnt werden.

Seit Herausgabe des Migrations- und Integrationskonzeptes 2003 wurden verschiedene Projekte und Maßnahmen in Bezug auf Migrantenkriminalität eingeführt. Spezielle Beratung für gefährdete und betroffenen MigrantInnen gibt es bei der Polizei, der Bewährungshilfe, den Migrationsprojekten der Caritas und der Stadt und dem Jugendamt der Stadt Rheine.

Im Treff für junge Aussiedler RADUGA wurde ein Präventionsangebot mit der Kreispolizei und dem Weißen Ring zum Thema Polizei/Gewalt/Opferschutz durchgeführt. Ziel des Angebots war Informationsvermittlung in Sachen Berufsmöglichkeiten sowie der gegenseitige Aufbau von Vertrauen bzw. der Abbau von Vorurteilen gleichermaßen auf Seiten der Jugendlichen und der Polizei.

In der Elisabeth-Hauptschule wurde in Kooperation von Schulsozialarbeit, Lehrerschaft, KPR, Jugendamt, Projekt Migration und evangelischer Jugendhilfe die Maßnahme „Coolness-Training“ für bereits auffällig gewordene Migranten durchgeführt. Ziel der Maßnahme war die Förderung der sozialen Kompetenzen und das Erlernen von gewaltfreien Problemlösungen, denn: *„Die Grenzen meiner Sprache sind die Grenzen meiner Welt!“ (Ludwig Wittgenstein)*

5.4.3 Migranten als Opfer

Es ist zu beachten, dass MigrantInnen auch oft Opfer von Diskriminierung und Kriminalität werden.

Auch in Rheine hat es z. B. Fälle von Menschenhandel im Bereich von Prostitution und Schleppertum gegeben. Auch fremdenfeindliche Übergriffe gab es. Oft waren diese nicht spektakulär in Form von offenen körperlichen Übergriffen durch ausgewiesene Rechtsradikale. Viel häufiger kam es zu versteckten Angriffen in Form von Diskriminierungen und Ehrverletzungen. Hierüber gibt es keine Statistiken, da sie in der Regel nicht öffentlich werden. Die Übergänge zwischen Diskriminierung und krimineller Benachteiligung sind aber fließend. Werden Diskriminierungen (wörtlich: Unterscheidungen) auf Grund von Rasse, Religion, Herkunft usw. „hoffähig“, machen sie ach einer öffentlichen Benachteiligung die Bahn frei. Dem KPR ist hier die Sensibilisierung der Bevölkerung als Präventionsmaßnahme von größter Bedeutung.

Aktuell wird in Deutschland der Straftatbestand der „Ehrenmorde“ und der Zwangsverheiratungen diskutiert. Morde an Familienmitgliedern zum vermeintlichen Wiederherstellen einer verletzten Ehre sind in Rheine glücklicher Weise nicht bekannt geworden. Inwieweit Kinder – in der Regel Mädchen und junge Frauen – in eine von ihnen nicht gewollte Ehe gezwungen wurden, ist ebenfalls nicht bekannt geworden. Es muss hier aber zwischen der Zwangsehe und einer vermittelten Ehe unterschieden

werden. Letztere ist vor allem in islamischen und in Romakreisen üblich, wird aber meist im Einvernehmen der Beteiligten Eheleute geschlossen. Auch gibt es Traditionen, die es den Beteiligten erlauben, ohne Ehrverlust einer ungewollten Ehe „zu entkommen“. Präventiv sorgen die Migrationsdienste und anderen Einrichtungen dafür, dass allen Zuwandererfrauen die Adresse des örtlichen Frauenhauses bekannt ist. Die rege Inanspruchnahme dieser Zufluchtstätte belegt, dass die Informationen ihre Adressatinnen erreichen.

5.4.4 Strategien und Maßnahmen im Handlungsfeld Drogen, Sucht und Kriminalität

„Kriminelle Karrieren sind vermeidbar, wenn langfristig klare Ziele verfolgt und Risikofaktoren frühzeitig ausgeschaltet werden. Kurzzeitige Maßnahmen verpuffen hingegen ohne nachhaltige Wirkung.“ (<http://www.lpr.nrw.de/themen/integration.html>)

Projekte zur Kriminalitäts- und Gewaltprävention müssen möglichst früh ansetzen, da entscheidende prägende Dispositionen und Einstellungen schon im Kindesalter ausgebildet werden. Besonders im Bereich Drogen und Sucht gilt daher,

- zielgruppenspezifische Informationsangebote zur Wirkung von Drogen und zur Entstehung und Behandlung von Süchten müssen in allen Bildungseinrichtung vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung stattfinden.

Und sowohl im Bereich der Suchtprävention wie auch im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention gilt es,

- die Lebensumstände der MigrantInnen kontinuierlich zu verbessern,
- Isolation und Anonymität durch Begegnungsmöglichkeiten entgegen zu wirken,
- zugewanderten Eltern Handlungs- und Erziehungskompetenzen unter den Voraussetzungen der hiesigen gesellschaftlichen Bedingungen und unter Berücksichtigung der jeweiligen Kultur zu vermitteln,
- Zugangsbarrieren und Schwellenängste zu den Ordnungsbehörden und Hilfeeinrichtungen durch Vertrauensaufbau, Interkulturelle Öffnung und Information abzubauen.